



Einzelpreis 25 Goldpfennig

# Saar-Freund

Nachrichten  
aus dem  
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet  
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 8  
5. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungs-  
preisliste S. 266) erbaten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11,  
Königsgräber Str. 44, Fernspr.-Anschl.: Amt L 110 3346. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle  
Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 46536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O, Berlin SW. 47,  
Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbaten.

15. Mai  
1924

## Willkommen in Leipzig.

Zu ernstem Raten hat der Bund „Saar-Verein“ seine Mitglieder und Freunde für den 24. und 25. Mai nach Leipzig eingeladen. Unsere Leipziger Freunde haben Wert darauf gelegt, die 4. Hauptversammlung des Bundes „Saar-Verein“ in Leipzigs Mauern zu beherbergen. Sie wollen bei dieser Gelegenheit, vor Deutschland, vor dem Saargebiet bekunden, mit welchem Erfolg sie bisher an der Aufklärungsarbeit über unser Saargebiet gearbeitet haben. Sie wollen mit dieser Veranstaltung der Welt be- weisen, welch Unrecht, welche Schmach dem Saargebiet und Deutschland angetan ward, als man dieses urdeutsche Land der Gewalt eines er- oberungsfüchtigen Feindes auslieferte. Nicht Worte, sondern Beweise überzeugen. Leipzig wird Beweise dafür erbringen, wie sogenannte Vertragsbestimmungen ver- leht, gebrochen und umgan- gen werden, um dieses deut- sche Land an der Saar lang- sam restlos dem französischen Eroberer auszuliefern.

Ihr Freunde deutschen Saarkampfes! In Leipzig wollen wir uns Rechenschaft darüber geben, wie der Kampf steht. Wir wollen uns klar und einig wer- den darüber, was in Zu- kunft geschehen muß, um unseren deutschen Brüdern und Schwestern an der Saar erfolgreich zur Seite stehen zu können. Wie sie, so kämpfen auch wir um die Freiheit des deutschen Saargebiets, um seine schrankenlose Zugehörigkeit zum Deutschen Reich. Der engen Verbundenheit zwischen Saargebiet und deutschem Mutterlande gilt unsere Arbeit, nicht einem Parteiziel. Je klarer unser Ziel erkannt wird, um so erfolgreicher werden wir ihm nahekommen.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat uns oft genug Beweise dafür gegeben, daß ihr unsere Arbeit un- bequem, lästig ist. Sie verfolgt das Ziel der Franzöfierung des Saargebiets, seine endgültige Angliederung an Frank- reich. Dieses Ziel ist so unverkennbar, daß es nicht be- stritten wird. Um ihre Politik zu verschleiern, duldet sie die Schaffung einer Propagandastelle, die, als „Saarbund“ frisiert, mit der Parole „Das Saarland den Saarländern“

Verwirrung in der Bevölkerung anzurichten versucht. Fremdlinge und Söldlinge dürfen im Saargebiet eine ver- tragswidrige Tätigkeit entfalten, doch die Bekundung des wahren, freien Willens der Bevölkerung wird durch Spiegel und Geheimpolizei verdächtigt, verleumdet.

An diese Dinge wollen wir uns erinnern, wenn wir nach Leipzig gehen, wollen sie uns vergegenwärtigen, wenn wir über unsere kommende Arbeit beraten. Mit klarem Kopf und kühlem Verstand, aber mit heißem Herzen, mit heimatlicher Treue.

### Der Reichspräsident

Berlin, den 12. Mai 1924.

Dem Bunde „Saar-Verein“ wünsche ich zu seiner diesjährigen Tagung, die an geschichtlich geteilter Stätte stattfindet, vollen Erfolg. Möge die Tagung erneut ein Beweis dafür werden, daß das ganze deutsche Volk sich mit seinen in vorbildlicher Treue ausharrenden Brüdern und Schwestern an der Saar unlöslich verbunden fühlt und mit ihnen in uner- schütterlicher Gewißheit dem Tage entgegensieht, an dem die Trennung ihr Ende erreichen wird.

Ebert.

An den Bund „Saar-Verein“ E. V.  
Berlin S. W. 11

Leipzig soll und muß ein weiterer Markstein in der Arbeit unseres Bundes werden. Frankreichs Raub- politik darf an der Saar keine Fortschritte machen, denen nicht zähe, systema- tische Gegenarbeit, deutsche Abwehr entgegengestellt wird. Es muß festgestellt werden, daß die politische, die wirtschaftliche, die kultu- relle Tätigkeit Frankreichs im Saargebiet vertragswi- drig ist, da sie dem Geist des Saarstatuts zuwiderläuft. Danach muß unsere Arbeit sich richten, die keine ver- tragliche Bestimmung uns verbietet. Es widerspricht dem Naturgesetz des Völker- rechts, daß eine fremde Macht Bewohner ihrer Hei- mat beraubt und ihnen verbieten will, für ihre Heimat tätig zu sein.

mat beraubt und ihnen verbieten will, für ihre Heimat tätig zu sein.

Wir Ausgewiesenen, Vertriebenen, wir übrigen Saar- deutschen, hinter die sich Tausende und aber Tausende vater- ländischer Männer gestellt haben, fordern, daß wir an dem Geschick unserer Heimat ungehindert mitarbeiten dürfen, wir verwahren uns da- gegen, daß eine vom Völkerbund eingefetzte Verwaltungs- kommission die von ihr Ausgewiesenen als Hoch- verräter bezeichnet und verfolgt, daß sie das Saargebiet politisch gegen Deutschland abschließt. Wir ver- wahren uns dagegen, daß das Land von in fran- zösischem Sold stehenden Verrätern beun- ruhigt, seine deutschfühlende Bevölkerung als bezahlte Agenten hingestellt wird. Wir verlangen weiter, daß die Regierungskommission aufgefordert wird, daß die fran-



zöfischen Propaganda- und Provocationsstellen im Saargebiet aufgelöst und alle in ihren Diensten stehenden Landfremden Elemente des Landes verwiesen werden. Wir verlangen schließlich, daß die Regierungskommission endlich strikte Anweisung erhält, ihre Tätigkeit entsprechend den Bestimmungen des Saarstatuts, entsprechend den Versicherungen der alliierten und assoziierten Regierungen auszuüben, nichtverantwortlich der französischen Regierung zu sein, sondern allein dem Völkerbund. Dieses Versprechen muß endlich eingelöst werden!

Am 24. und 25. Mai werden wir uns im Kreise treuer und ernster Mitarbeiter richtungsgebend für unsere kommende Jahresarbeit mit all den Dingen befassen, die im Interesse der Deutscherhaltung des Saargebietes gelegen sind. Wir wissen es wohl, daß wir angesichts der außerordentlich gefährlichen Propaganda Frankreichs im Saar-

gebiet mit Hilfe bezahlter Verräter es nicht leicht haben, uns mit unserer Arbeit durchzusetzen. Da wir aber Hand in Hand mit unseren Volksgenossen an der Saar unsere Arbeit tun, da wir für unser gutes Recht kämpfen, so wissen wir auch, daß diese Arbeit nicht umsonst sein wird. In Leipzig, wo vor über hundert Jahren ein deutsches Land eingefallener französischer Eroberer eine vernichtende Niederlage erlitt, wollen wir uns darüber aussprechen, welche Wege zu gehen sind, um den französischen Eroberungsabsichten an der Saar eine Niederlage zu bereiten. Zu dieser Mitarbeit rufen wir alle unsere Freunde in Stadt und Land auf. Ernste vaterländische Arbeit an unserer Saarheimat soll uns dort vereinen. Wer es ehrlich und gewissenhaft mit dieser Arbeit meint, wird sich mit uns in Leipzig versammeln.

Ihnen allen rufen wir ein hoffnungsfrohes saar-deutsches Glück auf!

## Rückblick und Ausblick.

An historisch bedeutsamer Stätte, dort, wo sich vor über hundert Jahren das Schicksal Deutschlands gegen den französischen Eroberer entschied, wird der Bund „Saar-Verein“ am kommenden 24. und 25. Mai seine Mitglieder und Freunde zur diesjährigen Bundestagung versammeln. Aus nah und fern werden ausgewanderte und vertriebene Saardeutsche, werden Freunde des Saargebietes zusammenkommen, um in ernster Beratung alle die Fragen zu besprechen, die das Schicksal des Saargebietes mitentscheiden. Fast 6 Jahre leuchtet das Saargebiet unter der Fremdherrschaft des französischen Imperialismus. Fast 6 Jahre steht die Bevölkerung an der Saar im Abwehrkampf gegen die Annexionsbestrebungen eines Länderräubers. Fast 6 Jahre sind die Bemühungen der französischen Propaganda an der deutschen Treue und der Vaterlandsliebe der Saargebietsbevölkerung zerschellt.

Was diese 6 Jahre deutscher Treue an der Saar bedeuten, vermag nur der zu verstehen, der die Entwicklung der Dinge dort miterlebt, mitdurchlebt hat, der verfolgt hat, welche Wege Frankreich geht, um das Saargebiet nachträglich zu annektieren, weiß, was die Redewendung Clemenceaus und Tardieus in ihrer bekannten Note vom März 1919 an die Friedenskonferenz bedeutet: Die 15 Jahre bis zur Abstimmung sind gewählt, um die Zeit handeln zu lassen.

Wir wissen es und auch in Frankreich weiß man es, trotz der Lüge von den 150 000 Saarfranzosen, daß das Saargebiet ein ur-, ein rein deutsches Gebiet ist, ein Gebiet, in dem sich die jahrzehntelange Grenzbarriere mit Frankreich in keiner Weise ausgewirkt hat. Als die französischen Truppen vor 6 Jahren ins Saargebiet einzogen, da war sich der französische Oberkommandierende darüber klar, daß in der Bevölkerung keinerlei französische Sympathien vorhanden waren. 6 jährige ergebnislose Französerungsarbeit hat diesen militärischen Politikern diese Ueberzeugung unverwundbar bestärkt. Daß man über den deutschen Charakter des Saargebietes in Paris in vollem Umfange unterrichtet war, das hat der wilde Kampf Frankreichs um den Präsidentenposten in der Regierungskommission für das Saargebiet bewiesen. Hat weiter bewiesen die Wahl des Mannes, den Frankreich für diesen Präsidentenposten vorschlug. Herr Rault ist ein hervorragender Verwaltungsbeamter. Dieses Anerkenntnis ihm zu versagen wäre ungerecht. Herr Rault ist ferner Franzose mit heißem Herzen und stolzem Nationalbewußtsein. Diese Eigenschaften können ihm nicht zur Unehre gelten, dürfen ihm nicht als Fehler angerechnet werden. Frankreich schickte in das Saargebiet einen Mann, auf den es sich verlassen konnte. Und trotzdem gehört Herr Rault auf Grund der vertraglichen Bestimmungen über das Saargebiet in dem sogenannten Friedensvertrag nicht nach Saarbrücken. Das Saarstatut verlangt eine unparteiische, gerechte Verwaltung, um die Wohlfahrt und die Rechte der Saargebietsbevölkerung zu sichern. Zwar hat Herr Rault bei seinem Amtsantritt erklärt, daß er, da er im Auftrage des Völkerbundes das Präsidium der Regierungskommission übernommen habe, aufgehört habe, Franzose zu sein, da er sich ganz in den Dienst des Völkerbundes stelle. Aber hier beginnt die Unaufrichtigkeit und die Pflichtverletzung des Herrn Rault — nicht seinem Vaterlande gegenüber, weil aber dem Völkerbund und der Bevölkerung an der Saar gegenüber. Vielleicht erblickt Herr Rault in dem Völkerbund lediglich das Organ, dessen Frankreich sich bedient, um nachträgliche Berichtigungen des Versailler Diktats zu seinen Gunsten zu erreichen. Dann würde er recht handeln, denn er hat sich wohl dessen er-

innert, was Frankreich von ihm erwartet, und was ihm im Herbst 1921 der damalige französische Minister Loucheur eindringlich ins Gedächtnis rief. Aber er erinnerte sich nicht des Auftrages, der ihm vom Völkerbund gegeben werden mußte.

Herr Rault hat während seiner vierjährigen Tätigkeit an der Saar alles getan, um den Interessen seines Vaterlandes gerecht zu werden. Wenn das Saarstatut eine Regelung vorsah, die bei lokaler Anwendung die Interessen der Bevölkerung und des Landes sicherte, gleichzeitig auch die Rechte Frankreichs in seiner Eigenschaft als Besitzer der Saargruben garantierte, dann hat Herr Rault aus diesen Bestimmungen ein Traktat gemacht, das die Umstellung des Saargebietes in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Beziehung zum Ziele hat.

In wirtschaftlicher Beziehung hat Herr Rault die Umstellung nach Westen fast restlos erreicht. Sein Meisterstück in der Auslegungskunst von Bestimmungen und in der Nichtachtung von Verträgen hat er mit der Einführung der Frankenwährung geleistet. Es wird vielleicht einer späteren, einwandfreien Prüfung vorbehalten bleiben müssen, festzustellen, in welchem Zusammenhange wirtschaftliches Chaos, Inflation, moralische Wirkungen eines Währungs dualismus an der Saar künstliche Erscheinungen einer französischen Politik zur Umstellung der Währung an der Saar gewesen sind. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Frankreich seine wirtschaftliche Vormachtstellung an der Saar mit Hilfe der Saargruben dazu benutzte, um jeweils die Wirtschaftslage zu schaffen, die eine Förderung der französischen Politik gewährleistete. Wir haben im Saargebiet Hochkonjunktur und Katastrophenerscheinungen, Wohlleben und Hungersgefahr in wechselnder Folge erlebt. Niemals schloß eine derartige Epoche ohne einen Vorwärtsschritt für die französische Loslösungs politik. Daß in allen diesen Dingen ein wohlgeordnetes System lag, hat nicht besser festgestellt werden können, als durch den Ausspruch eines französischen Propagandajournalisten wie Stefan Lauzanne bei der Einführung der französischen Währung im Saargebiet: „Das Bild unserer lieben behelmten Frau dringt zuerst in das Saargebiet. Ist es ein Vorläufer?“ Also Triumph über einen erstrebten und erwarteten Sieg, einen Sieg, den man durch weitere höchst durchsichtige Finanz- und Währungsgebarung noch zu vertiefen trachtet.

In kultureller Beziehung: Ist es nicht geradezu über raschend, welche Erfolge Frankreich mit seiner Schulpolitik im Saargebiet erzielte? Wer hätte je geahnt, daß sich der französische Sprachunterricht an den deutschen Volksschulen in solcher Weise einbürgern könnte, obwohl allen maßgebenden Personen des Deutschtums an der Saar klar war, daß politische Ziele damit verfolgt wurden. Und die französischen Schulen! Wer hätte sich im Saargebiet vorstellen können, daß in einem Lande, dessen Bevölkerung auch nicht den allermindesten französischen Einschlag aufzuweisen hat, innerhalb von vier Jahren 12 französische Schulen mit annähernd 80 Klassen bestehen könnten, die vorübergehend von 4000 deutschen Kindern besucht wurden! Hier zeigt sich uns die Gefährlichkeit der französischen Propaganda mit so erschreckender Deutlichkeit, daß man sich nur über eins wundern kann, darüber nämlich, daß man sich in Deutschland noch nicht darüber einig geworden ist, daß dieser Propaganda mit den allerschärfsten Mitteln entgegengetreten werden muß.



Und schließlich in politischer Beziehung. Haben hier die Franzosen erkennbare Erfolge aufzuweisen? Nein und ja! Die letzte Landesratswahl hat gezeigt, daß die Bevölkerung an der Saar zu 99 Prozent sich hinter die deutschen Parteien stellt. Sollten wirklich vor zwei Jahren ein achtel oder ein elftel Prozent mehr deutsche Stimmen vorhanden gewesen sein, so ist das kein Zeichen dafür, daß Frankreich in der Bevölkerung an der Saar irgendwelche Fortschritte gemacht hat. Und trotzdem hat Frankreich politische Erfolge an der Saar aufzuweisen. Wenn es möglich ist, daß eine in der französischen Kammer ausgegebene Parole: „Das Saarland den Saarländern“ (um es, losgelöst vom Deutschen Reich, leichter zu Frankreich herüberzu- und zu lassen), innerhalb weniger Monate im Saargebiet ein Echo, und sei es auch nur ein künstlich hergerichteter, finden konnte, so bedeutet das einen politischen Erfolg, den Frankreich jedenfalls nach außen hin für seine Propagandazwecke in weitestem Ausmaße verwendet. Daran ändert nichts die Tatsache, daß der damaligen Forderung in der französischen Kammer eine Erhöhung des französischen Propagandafonds für das Saargebiet gefolgt ist. Es ändert auch nichts daran, daß die im Saargebiet als „Führer“ der sogenannten Saarbund-Bewegung auftretenden Personen Strohpuppen eines Majors Richter sind: Wir wissen, daß das gleiche gefälschte Verrätertum im Rheinland und in der Pfalz der Welt eine Bewegung vorstülpte, die, scheinbar aus der Bevölkerung herausgewachsen, die Loslösung vom Deutschen Reich erstrebte.

Denn schließlich kommt alles auf die Auswertung an. Das sehen wir in der Frage der französischen Besatzung an der Saar. Sie ist unberechtigt, vertragswidrig, das ist festgestellt im Völkerbund sowohl wie im englischen Parlament, selbst ein politisches Kind versteht es aus den Diktatbestimmungen. Da aber Frankreich es fertig bringt, dem Völkerbund weiszumachen, daß Frankreich in der Belassung seiner Besatzungstruppen an der Saar dem Völkerbund ein Geschenk macht und der Bevölkerung an der Saar Lasten nimmt (Ersparung der britischen Gendarmerie), so bleibt die Tatsache bestehen, daß der Vertragsbruch Frankreichs und der Regierungskommission in der Welt nicht mehr als Vertragsbruch erkannt wird. Also ein zweiter politischer Erfolg, und zwar kein kleiner. Aus den französischen Presseerörterungen weiß man, daß man in Frankreich der Frage der Belassung des französischen Militärs an der Saar die allergrößte politische Bedeutung beimißt, eine Bedeutung, der die französische Presse Erörterungen widmet, auf welchem Wege erreicht werden könne, daß die Truppen im Saargebiet für immer bleiben können.

Das ist ein kurzer Rückblick, der uns zeigt, wo unsere Arbeit bisher erfolglos war, und der uns sagt, welche Punkte wir bei der Fortsetzung unserer Arbeit beachten müssen. Und nun einen Ausblick. Am 10. Januar 1925 tritt eine Bestimmung des Saarstatuts in Kraft, die das Saargebiet zollpolitisch an Frankreich angliedert. Französische Schlagbäume werden rechtsgültig an der Ost- und Nordgrenze des Saargebiets aufgerichtet. Kein Auserzähltes hört an diesen Schlagbäumen deutscher Boden auf. Das Saargebiet wird uns dann erscheinen als ein Gebiet, zollpolitisch, währungspolitisch, verwaltungsmäßig, verkehrstechnisch, wirtschaftlich losgelöst vom Deutschen Reich. Und diesen gewaltigen Faktoren staatsrechtlicher Verbundenheit mit einem Lande steht als einziges Bollwerk, graniten und stählern, gegenüber die deutsche Treue der Bevölkerung. Indem wir unsern

Blick auf dieses soeben skizzierte gar nicht mehr ferne Zukunftsbild richten, lernen wir erkennen, welch außerordentlich schweren Kampf die Bevölkerung an der Saar führt, um ihre Heimat dort zu behalten, wohin sie gehört: zu Deutschland. Wie eine abgetriebene Insel mitten im Weltmeer, losgelöst von allen Verbindungen mit dem Festland, nur betreut und verteidigt von einer an ihrem Heimatboden zäh festhaltenden Bevölkerung, so erscheint uns das Saargebiet vom Jahre 1925 ab. Es sind unsere deutschen Brüder und Schwestern, die dieses Land verteidigen. Wir kennen ihren Kampf, wir kennen ihre Treue und wissen, daß sie auf unsere Unterstützung und auf unsere Treue rechnen. Ergibt sich dadurch nicht ganz von selbst der Charakter unserer Arbeit, das Ziel unserer Tätigkeit? Nicht parteipolitische Gesichtspunkte dürfen uns in unserem Kampf zersplittern, nicht wirtschaftliche Sorgen des eigenen Ich, nicht Kleinmut über das Morgen dürfen uns veranlassen, auch nur einen Schritt von dem Wege abzugehen, den wir gehen müssen, um mit unseren Volksgenossen an der Saar zu siegen.

Die Regierungskommission hat wiederholt versucht, unsere Arbeit zu verdrängen. Es gibt Leute im Saargebiet, die das Märchen verbreiten, als gebe es im Saargebiet und in unseren Reihen Leute, die an eine gewaltsame Lösung der Saarfrage dächten, als gebe es eine Organisation, die im Saargebiet gewaltsame Aktionen vorbereite, die die Sicherheit der Regierungskommission bedrohten. Selbst den Völkerbund hat man dahin unterrichtet, als würden derartige Pläne mit staatlicher Unterstützung des Reiches betrieben und gefördert. Weitgehende politische Enthüllungen mit Verhaftungen und sensationellen Gerichtsverhandlungen wurden in Genf gegen derartige Geheimorganisationen angekündigt, Hausdurchsuchungen abgehalten, Verdächtigungen ausgestreut — und der Erfolg: Nicht den Schatten eines Beweises hat die Regierungskommission, haben die bezahlten Agenten Frankreichs für derartige Behauptungen aufbringen können. Wir haben die Regierungskommission aufgefordert, uns die Gründe anzugeben, die sie berechtigen, uns dunkler Mächenschaften zu bezichtigen. Wir haben sie aufgefordert, sich an Ort und Stelle unserer Tätigkeit über unsere Organisation zu unterrichten, sich an Hand unserer aktenmäßigen Unterlagen, unserer Beschlüsse und unserer Arbeitsgliederung von den Bestrebungen unseres Bundes zu überzeugen. Die Regierungskommission hat diese Aufforderungen unberücksichtigt gelassen. Die Spiegel, die sie uns in unsere Bilzen entsandte, haben ihr, da sie trotz ihrer aufgewandten Mühen nichts Verdächtiges entdecken konnten, Schauer geschichten erzählt, Dokumente gefälscht und falsche Berichte angefertigt. Und die Regierungskommission und die französischen Agenten im Saargebiet sind auf derartigen Betrug hereingefallen oder haben ihn wider besseres Wissen gern geglaubt, weil sie ihn glauben wollten.

Was wir im Interesse des Saargebiets tun, hat keine Öffentlichkeit und keine Kommission zu scheuen. Was wir eingangs sagten, wiederholen wir: Das Saargebiet ist ur- und reindeutsches Gebiet! Und da wollte es uns die Regierungskommission, will es uns Frankreich verwehren, daß wir für die Deutschhaltung dieses Gebietes, daß wir für die verbrieften Rechte seiner Bevölkerung, daß wir für die Verbundenheit unserer Heimat mit Deutschland eintreten? Wer diese unsere Tätigkeit als Geheimarbeit bezeichnen will, hat dunkle Pläne zu verbergen.

## Die französische Kulturpropaganda an der Saar.

Der Kampf um die deutsche Schule.

Von Richard Posselt.

Überall dort, wo Frankreichs Politik auf den Raub fremden Landes ausgeht, legt es den Hauptwert auf die Verdrängung der dortigen Heimat, der dortigen Stammeskultur. Wenn niemand bestreiten wird, daß die französische Kultur zuzeiten am höchsten entwickelt war, daß sie sich die Welt zu erobern anstrebte, so ist auf der andern Seite nicht zu bestreiten, daß diese Zeiten längst überwunden sind, daß die Eigenheit der französischen Kultur sich in überspanntem Militarismus, in hysterischer Selbstüberschätzung, Verflachung des Geisteslebens und sittlicher Entartung, die bis zur moralischen Verkommenheit gesteigert ist, kennzeichnet. Am Rhein, an Ruhr und Saar sind solche Kennzeichen völligen kulturellen Zusammenbruchs tagtäglich an Duzenden von Beweisen feststellbar. Um nur zwei Punkte anzudeuten: Die Verwendung farbiger Truppen zur sittlichen und seelischen Entwertung der Bevölkerung des von Frankreich vergewaltigten Landes und die Herabwürdigung der Justiz zu einer feilen Dirne, die soweit geht, daß in der ganzen Welt nur eine Meinung über diese Art von sogenannter Justiz besteht, wie sie abseits jeglichen Rechtsempfindens entfernter nicht zuzeiten schlimmster Banditen- und Räuberjustiz genden hat.

Trotzdem wendet Frankreich geradezu phantastisch hohe Summen auf, um für diese Art neuzeitlicher französischer „Kultur“ Propaganda zu machen. Es gibt auf der ganzen Welt wohl kaum ein Fleckchen Erde, wo französische Groß- und Weltmannsucht nicht versuchte, der französischen „Kultur“ Eingang zu verschaffen. Vor allem ist Frankreich bemüht, französische Literatur, von der französischen Tageszeitung angefangen, bis zur Broschüre und zum vornehmsten Bibliotheksband, an den Mann zu bringen und ferner französische Schulen zu errichten. Oft unter den merkwürdigsten Nebenerscheinungen taucht plötzlich da oder dort in der Welt eine französische Schule auf. Besonders eifrig aber ist die französische Schulpropaganda in den Gebieten, wo die Absicht der Annexion, des Raubes oder der schrittweisen Eroberung besteht. Diese französische Schulpropaganda weist eine Spezialabteilung auf, die sich vor allem der Verdrängung des Deutschtums widmet. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe unserer deutschen Auslandsvertreter, wie überhaupt aller Deutschen im Auslande, Unterlagen darüber zu sammeln, in welcher Weise, in welchem Umfange und mit welchen Erfolgen diese Art französischer „Kultur“-Propaganda gegen das Deutschtum getrieben wird. Wir würden erschreckt sein, wenn wir diese



Zahlen erführen. Wir würden uns dann allerdings nicht mehr allzusehr darüber wundern, weshalb es Deutschland so außerordentlich schwer wird, wieder Vertrauen im Auslande zu finden; denn auf dem Wege der französischen „Kultur“-Propaganda wird fortgesetzt und mit zunehmender Stärke das Gift der Verhetzung gegen Deutschland ausgespiert. Wie wirksam diese Propaganda ist, das wissen wir vom Kriege her, aus welcher Zeit uns noch heute die „abgehackten Kinderhände“ in Belgien anhängen.

Im Saargebiet hat diese französische Kulturpropaganda von Anfang an eine Steigerung erfahren, die ohne weiteres auf das politische Endziel hindeutet. Wie auch in den übrigen besetzten Gebieten glaubte man sich keinen Schranken unterwerfen zu müssen. Rücksichtslos schlug man mit dieser Propaganda die Bevölkerung ins Gesicht; in aufreizender Form errichtete man französische Lesehallen und Buchhandlungen, die keinerlei gesetzlichen Vorschriften unterworfen wurden, schuf das berüchtigte französische Propagandaorgan an der Saar, warf in Unmassen französische Zeitungen und Zeitschriften ins Land, überschüttete die Bevölkerung mit Tendenzbroschüren, von denen die „geschichtliche Abhandlung“ des sagenhaften „Professors Wiese“ über das Saargebiet noch die harmloseste, weil ungeschickteste ist.

Diese französische „Kultur“-Propaganda im Saargebiet erhielt eine unzulässige, deshalb aber nicht weniger gefährliche Unterstützung durch die Regierungskommission. Obwohl das Saarstatut ausdrücklich die deutsche Schule an der Saar garantiert und die französische Staatschule nur als Nebenanlage der Saargruben für das französische Personal dieser Gruben zuläßt, änderte die Saargebietregierung den Charakter der deutschen Volksschule sehr bald durch Einführung französischen Sprachunterrichts, durch Umgestaltung der Bildungsstätten für den Lehrernachwuchs, durch Neugestaltung des Schulverwaltungs- und Aufsichtkörpers von Grund aus ab. Die französischen Staatschulen stellte sie rechtlich den deutschen Schulen gleich, gewährte ihnen den gleichen Schutz, verzichtete jedoch auf die Aufsicht über sie, obwohl sie gleichzeitig auf dem Verordnungswege diesen französischen Schulen deutsche Kinder nichtbergmännischen Personals zuführte. Sie verheimlichte mit diesen gesetzgeberischen Maßnahmen, so scharf sie den vertraglichen Bestimmungen entgegenstehen, also keineswegs, daß sie die heranwachsende saardeutsche Jugend der Beeinflussung durch die französische Staatschule unterwerfen will. Diese Tendenz der Regierungskommission geht so weit, daß sie der französischen Schule Rechte einräumt, wie die der Lehrmittelfreiheit, die sie der deutschen Schule ausdrücklich versagt. Sie macht auch auf dem Schulverordnungswege Propaganda für diese Schule, indem sie z. B. sagt:

„Die (französische) Schule ist eine gesetzlich anerkannte und hat mit der anderen Schule (gemeint ist die deutsche) nichts zu tun.“

Den vertraglichen Bestimmungen entsprechend, hätte sie ausdrücklich sagen müssen:

„Die französische Schule ist nur für Kinder des französischen Personals der Saargruben zugelassen, untersteht direkt dem französischen Staate und genießt im Saargebiet lediglich das Recht der Auslandsschulen. Ihr Besuch durch saardeutsche Kinder ist gesetzlich unzulässig.“

Ein anderes: An den deutschen Schulen ist dem unentschuldigten Schulversäumen dadurch ein Riegel vorgeschoben, daß nach erfolgter Verwarnung die Eltern Geldstrafen erhalten und die Kinder polizeilich vorgeführt werden. Laut Verordnung der Regierungskommission vom 1. 2. 1921 betragen die für unentschuldigte Schulversäumnisse festgesetzten Strafen 5–50 Mark (später Franken) oder 1–5 Tage Haft. Diese Verordnung gründet sich auf die auch nach dem Versailler Vertrag im Saargebiet in Kraft stehenden und für alle saarländischen Kinder geltenden schulgesehlichen Bestimmungen. Trotz dieser klaren Rechtslage hat die Schulabteilung der Regierungskommission schon vor einem Jahre an verschiedene Landräte und Bürgermeister, in deren Amtsbezirken sich französische Schulen befinden, folgende sehr befremdliche Verordnung erlassen:

„Die bestehenden Vorschriften über die Bestrafung unentschuldigter Schulversäumnisse finden für Kinder, die die Dominialschule besuchen, keine Anwendung. Die Verwaltung der Dominialschule wird von hier aus verständigt.“

Welcher Förderung sich die französische Schule durch die Saargebietregierung zu erfreuen hat geht aus folgender Übersicht über die im Saargebiet bestehenden französischen Schulen

Hervor:			
Heiligenwald	16 Klassen,	425 Kinder,	
Sulzbach	13 „	550 „	
Jägersfreude	4 „	100 „	
Clarenthal	3 „	65 „	
Burbach	5 „	140 „	

Ludweiler	7 Klassen	175 Kinder
Dillingen	4 „	220 „
Von der Heydt	2 „	50 „
Saarlouis	8 „	— „
Neunkirchen	8 „	300 „
Püttlingen	— „	56 „
Röllertal	— „	20 „

insgesamt 2101 Kinder.

Das sind also in 12 Orten rund 80 Klassen mit etwa 2400 deutschen Kindern. Dabei ist diese Übersicht noch keineswegs erschöpft, da alle an den französischen Schulen Beteiligten größte Zurückhaltung bei Angaben über diese französischen Propagandabetriebe üben. So bestehen z. B. in Elversberg, in St. Ingbert und in anderen Orten des Saargebiets französische Schulen, über die jedoch nähere Angaben nicht bekannt sind, während die obige Übersicht zwar nicht vollständig, aber einwandfrei ist.

Die Frage des Lehrpersonals an den französischen Schulen ist noch ein besonderes Kapitel. Soweit festgestellt werden konnte unterrichten in Heiligenwald 13 saarländische und 3 luxemburgische Lehrer, in Sulzbach 7 saarländische und 6 ausländische (französische bzw. luxemburgische), in Jägersfreude 2 bzw. 2, in Clarenthal 2 bzw. 1, in Burbach 3 bzw. 2, in Neunkirchen 8 deutsche und 5 französische Lehrer.

Die Übernahme von Lehrstellen an den französischen Staatschulen des Saargebiets durch saarländische Lehrer ist in der saarländischen Presse zum Teil scharf kritisiert worden. Diese Kritik ist durchaus verständlich, wenn man berücksichtigt, was der saarländische Lehrerverein seinerzeit in seiner Stellung zu den französischen Schulen im Saargebiet zum Ausdruck gebracht hat: „Die französischen Staatschulen geben den Geist des Staates wieder, dessen Interessen sie zu verfolgen haben.“ Wenn man ferner berücksichtigt, daß in den französischen Staatschulen Lehrbücher zur Verwendung kommen, die alles bisher Dagewesene der Jugendverhetzung gegen Deutschland in den Schatten stellt, so ist es erklärlich, daß die saarländischen Lehrer, die sich den französischen Staatschulen zur Verfügung stellen, in schärfster Weise angegriffen wurden. Auf diese Angriffe haben einige dieser Lehrer wiederholt in der saarländischen Presse geantwortet. Nach ihren Darstellungen haben sie zum großen Teil diese Stellen erst übernommen, nachdem sie von deutscher Seite dazu veranlaßt wurden. Dabei sei die Auffassung maßgebend gewesen, der französischen Beeinflussung deutscher Kinder durch deutsche Lehrer in französischen Schulen entgegenzutreten. Wenn sie diese Stellen nicht übernommen hätten, wären an ihre Stelle sofort Ausländer, Elsaß-Lothringer, Luxemburger und perfide Ueberläufer dafür eingestellt worden. In einer dieser Zeitschriften wird ausgeführt, daß große Einflüsse am Werk sein müssen, vermutlich auch viel Geld dafür ausgegeben werde, die die Leute bestimmen, ihre Kinder in die französischen Schulen zu schicken. Das Los der deutschen Lehrer an französischen Schulen sei nicht beneidenswert, mit Freuden würden sie aus dem verhaßten Dienst ausscheiden — mit Ausnahme der Heiligenwälder — wenn man ihnen Stellen an deutschen Schulen anböte. Erstens müßten sie es ertragen, daß man sie verachte, zweitens müßten sie Elemente als Kollegen oder gar als Direktoren anerkennen, die sie anspeien möchten: abgedankte frühere Volksschullehrer oder Ueberläufer, Fremdlinge mit vielleicht gar keinem Examen oder doch in der Bildung weit unter den saarländischen Lehrern stehend. Ferner müßten sie mit einem Lesebuch arbeiten, das allen Anforderungen eines deutschen Lesebuches Hohn spricht. Von deutschen Klassikern — nichts: dafür Uebersetzungen aus dem Französischen in fehlerhaftem Deutsch und tendenziösen Inhalts. Stücke aus Rector Kimmers „Unsere Heimat im Wandel der Zeiten“ und Professor Ruppertsbergs geschichtlichen Werken in einer Veränderung, die nur zu bezeichnend für die Verfasser des Lesebuches ist. So würden die Ureinwohner des Saargebiets nicht Rasten, sondern Gallier genannt. Als Schülermaterial hätten die französischen Schulen außer den Vergleutenkindern den Bodensatz der Bevölkerung, Dissidenten, Kommunisten usw., Schulschwänzer, die drei Monate lang der Schule fernbleiben können, ohne bestraft zu werden.

Wenn darauf hingewiesen wurde, daß diese deutschen Lehrer und Lehrerinnen bei ihren Kollegen und auch bei der Bevölkerung gerade nicht an Ansehen gewonnen haben könnten, so werde dies noch verschärft, wenn man einmal auf die Wertung hinweist, die sie bei ihren Brogebern selbst finden, die sich zwar ihrer als Mittel bedienen, sie aber in einer untergeordneten Rolle halten. Die leitenden Stellen an den französischen Schulen sind mit Ausländern besetzt. Unter diesen befinden sich besonders viele Luxemburger, von denen behauptet wird, daß sie den Kindern nur ein schlechtes Deutsch und nicht das beste Französisch lehren.

Diese Ausführungen mögen genügen, um die Schulverhältnisse zu kennzeichnen, die die Regierungskommission durch die Förderung der französischen Kulturpropaganda an der Saar geschaffen hat.



# Die Ursachen der Wohnungsnot im Saargebiet.

## Die Wohnungsverordnung vor dem Landesrat.

Wie wir bereits in unserer letzten Nummer kurz mitteilten, beschäftigte sich der Landesrat in seiner letzten Sitzung mit den Abänderungsvorschlägen der Regierungskommission zu der bestehenden Wohnungsverordnung, die die Wohnungsnot, statt zu lindern, dadurch besonders verschärfte, daß sie das französische Militär und die sonstigen sich im Saargebiet etablierenden Franzosen bei Vergabe von Wohnungen in ganz einseitiger Weise bevorzugte. Die Saarregierung in ihrer alten Zusammenfassung ist also in erster Linie mitschuldig an der Zuspitzung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Die Vertreter sämtlicher Fraktionen haben diese Tatsache in ihren Reden aufs schärfste gerügt. Sie hatten um so mehr Anlaß dazu, als die Antwort der Regierung auf die einzelnen Fragen des vom Landesrat zur Prüfung der Angelegenheit eingesetzten Ausschusses darauf hinzielte, die zutage getretenen Unzulänglichkeiten abzuschwächen durch ein mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringendes Zahlenmaterial.

Immerhin sagen auch diese Zahlen genug. So wurden im Jahre 1922 durch die im Saargebiet berichtigte Wohnungszuteilungskommission an Angehörige des Deutschen Reiches 47 Wohnungen vergeben, während den Angehörigen fremder Länder (fast durchweg Franzosen) 59 Wohnungen zufließen. Die Zahlen für 1923 sind 44 bzw. 54. Schon hieraus erhellt klar und deutlich die Bevorzugung der Ausländer. Nach der Statistik der Regierungskommission wurden in der Zeit von 1920 bis 1924 für Militärpersonen, Beamte und Zollbeamte in Saarbrücken 905 Wohnungen mit 3470 Räumen beschlagnahmt, während der Stadt in dieser Zeit 1095 Wohnungen mit 3422 Räumen verblieben. Dabei betrug die Zahl der Wohnungsuchenden im Durchschnitt 20 000 Personen.

Bis zu welchem Grade die Angaben der Regierungskommission den Tatsachen entsprechen, geht am besten aus dem zahlreichen Material hervor, das der Abg. Karius der Versammlung vorlegen konnte. Danach wurden von der französischen Militärverwaltung in der Zeit vom November 1918 bis Mai 1920 581 Wohnungen mit 2365 Räumen und 638 möblierte Zimmer allein im Stadtbezirk Saarbrücken beschlagnahmt. Später sollte ein erheblicher Teil dieser beschlagnahmten Räume wieder zurückgegeben werden. Nach Mitteilung der Regierung hat das Militär 664 Räume noch behalten, während 525 Räume an die französische Bergwerksdirektion überwiesen wurden. Wo die anderen Räume geblieben sind, weiß niemand. Man geht jedoch nicht fehl in der Annahme, daß sich dort die Leute eingemischt haben, die die Aufenthaltserlaubnis im Saargebiet kraft ihrer französischen Geburtsurkunde besitzen. In der Zeit vom 1. Juni 1921 bis 31. Dezember 1922 erhielt das Militär bereits wieder 109 Wohnungen mit 410 Räumen und 30 möblierte Zimmer. Die Direction des mines domaniales beanspruchte vom 1. Januar 1921 bis 31. Dezember 1922 673 Wohnungen mit 3130 Räumen. Außerdem kaufte sie noch 60 Häuser und sieben Hotels. Die Mieter dieser Häuser mußten natürlich ihre Wohnungen räumen. Trotz der mehrfachen Proteste der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung in Saarbrücken, trotz der Mahnungen des Landesrates gehen diese zwangsweisen Enteignungen, der Raub der Wohnungen der Eingefessenen und ihre Verschiebung an Personen, die im Saargebiet wohl entbehrlich sind oder sich dort sogar vertragswidrig aufhalten, weiter.

Nach der Wohnungsverordnung vom Dezember 1922, die jetzt „revidiert“ wird, sollte allerdings eine gewisse „Erleichterung“ für die einheimische Bevölkerung in der Weise eintreten, daß die Zahl der von der Zwangsenteignungskommission beanspruchten Wohnungen 50 Prozent der freiverwendenden Wohnungen nicht übersteige. Diese Erleichterung blieb aber auf dem Papier stehen. Die Praxis gestaltete sich wie früher. Am 7. Februar 1923 befiel nämlich die Enteignungskommission 162 Wohnungen von zwei Zimmern und Küche, während die Stadt Saarbrücken 155 Wohnungen erhielt. Die entsprechenden Ziffern sind bei Wohnungen von drei Zimmern und Küche 160 bzw. 39, vier Zimmern und Küche 131 bzw. 18, fünf Zimmern und Küche 16 bzw. 3, bei möblierten Zimmern 61 bzw. 11. Statt der Erleichterung ist also eine weitere Verschärfung eingetreten. Man kann nachgerade von einer Methode im Enteignungsverfahren sprechen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Wohnungsnot im Saargebiet nicht nur auf den Krieg zurückzuführen ist, im Verlaufe dessen jede Nützlichkeit unterbunden war, sondern auf die Anwesenheit des französischen Militärs, die Schaffung einer eigenen Saargebietsverwaltung, die mit fremden Elementen, besonders Franzosen durchsetzt ist, auf den Übergang der Saargruben in französischen Besitz und die Aufrichtung der Zollgrenze.

Mit Recht wurde betont, daß die Folgen der Wohnungsnot in ihren verheerenden Auswirkungen sich kaum richtig erfassen lassen, da die nötigen amtlichen Unterlagen fehlen. Zweifelsohne besteht aber die Wohnungsnot nicht allein hinsichtlich der fehlenden Häuser und Räume, sondern auch im Hinblick auf die Überfüllung bewohnter Wohnungen. Infolge der seit geraumer Zeit bestehenden Kreditnot, die jedes wirtschaftliche Leben zu ersticken droht, und der damit in Verbindung stehenden hohen Zinssätze ist an Neubauten nicht zu denken, da sich diese nicht rentieren würden. So bleibt die Lage nach wie vor trostlos, zumal die Regierungskommission auch in dem neuen Entwurf der Wohnungsverordnung keinen ernstlichen Versuch macht, zur Beseitigung der herrschenden Zustände beizutragen.

Die Verhandlungen des Landesrats beanspruchten auch noch nach einer anderen Seite weitgehendes Interesse, da durch sie bekannt wurde, wie die Regierungskommission mit Hilfe von Zahlenkunststücken Öffentlichkeit und Völkerbund zu täuschen sucht. So hatten die vom Landesrat eingesetzten vereinigten Kommissionen verschiedene Fragen an die Regierungskommission gerichtet, unter denen sich u. a. auch die befand, wieviel Aufenthaltsgenehmigungen und wieviel Einreisefischvermerke für Angehörige des Deutschen Reiches und für solche anderer Länder erteilt wurden. Die Regierungskommission nannte folgende Zahlen:

Zahl der erteilten dauernden Aufenthaltsgenehmigungen für Angehörige des Deutschen Reiches:	
1923 . . . . .	3456 Genehmigungen,
1924 bis 24. 3. . . . .	501 Genehmigungen,
desgleichen für Angehörige anderer Länder:	
1923 . . . . .	625 Genehmigungen,
1924 . . . . .	61 Genehmigungen,
Einreisefischvermerke für Angehörige des Deutschen Reiches:	
1923 . . . . .	92 940 Vermerke,
1924 bis 24. 3. . . . .	24 667 Vermerke,
desgleichen für Angehörige anderer Länder:	
1923 . . . . .	950 Vermerke,
1924 . . . . .	250 Vermerke.

Diese Zahlen mußten überraschen. Sie erfuhren aber im Landesrat die notwendige Erläuterung: Die Regierungskommission hatte wieder eines vergessen mitzuteilen: Jeder Deutsche braucht zur Einreise ins Saargebiet einen Sichtvermerk, nicht aber ein Franzose, Engländer, Holländer oder sonst ein Angehöriger eines Staates, der mit Frankreich ein Abkommen getroffen hat auf gegenseitige Aufhebung des Pashzwanges. Wenn also überhaupt an Ausländer Einreisefischvermerke erteilt worden sind, so beruht das nur auf einem Irrtum. Hätte jeder Ausländer diesen Sichtvermerk haben müssen, dann wäre die Zahl der einreisenden Ausländer viel höher als die der Deutschen.

Ferner ergaben die Ausführungen im Landesrat noch folgende

### interessante Einzelheiten,

die vom Abg. Karius mitgeteilt wurden: Als der Kabinettsdirektor Carrière aus dem Dienst der Regierungskommission ausschied, behielt er seine hochherrschaftliche Dienstwohnung in der Alleestraße bei. Die Wohnungen einer Anzahl versehener Offiziere wurden ohne Wissen des Wohnungsamtes an Unberechtigte abgegeben. Nach den weiteren Mitteilungen des Abg. Karius hat sich der „Chefredakteur“ des „Saarkurier“, Schoettler, ein Junggeselle, in Saarbrücken eine Wohnung von fünf bis sechs Zimmern einfach angeeignet mit der Begründung, er habe ein „Recht“ dazu. Der „geistige Nährvater“ des Saarparatistenblattes scheint sich demnach schon als ausländische „Amts-“ und „Respektsperson“ zu fühlen, die nach berühmten Mustern andern Leuten einfach Wohnungen weg-estamotieren kann.

Der Regierungsvertreter, Oberregierungsrat Kuchenbeder, versuchte diese Angaben richtigzustellen, indem er u. a. ausführte: Es sei richtig, daß für Herrn Carrière in seiner Eigenschaft als Direktor der Abteilung des Innern eine Wohnung in der Alleestraße beschlagnahmt worden sei. Diese Wohnung sei aber nach dem Ausscheiden Carrières aus den Diensten der Regierungskommission freigegeben worden. Lediglich aus dem Grunde, daß Carrière einen langfristigen Mietvertrag mit dem Hausbesitzer abgeschlossen habe, sei er noch im Besitze der Wohnung. Was den Fall Schoettler anbetreffe, so bezeichnete es der Regierungsvertreter als unzutreffend, daß dieser Schoettler von der Regierungskommission eine Wohnung erhalten habe.

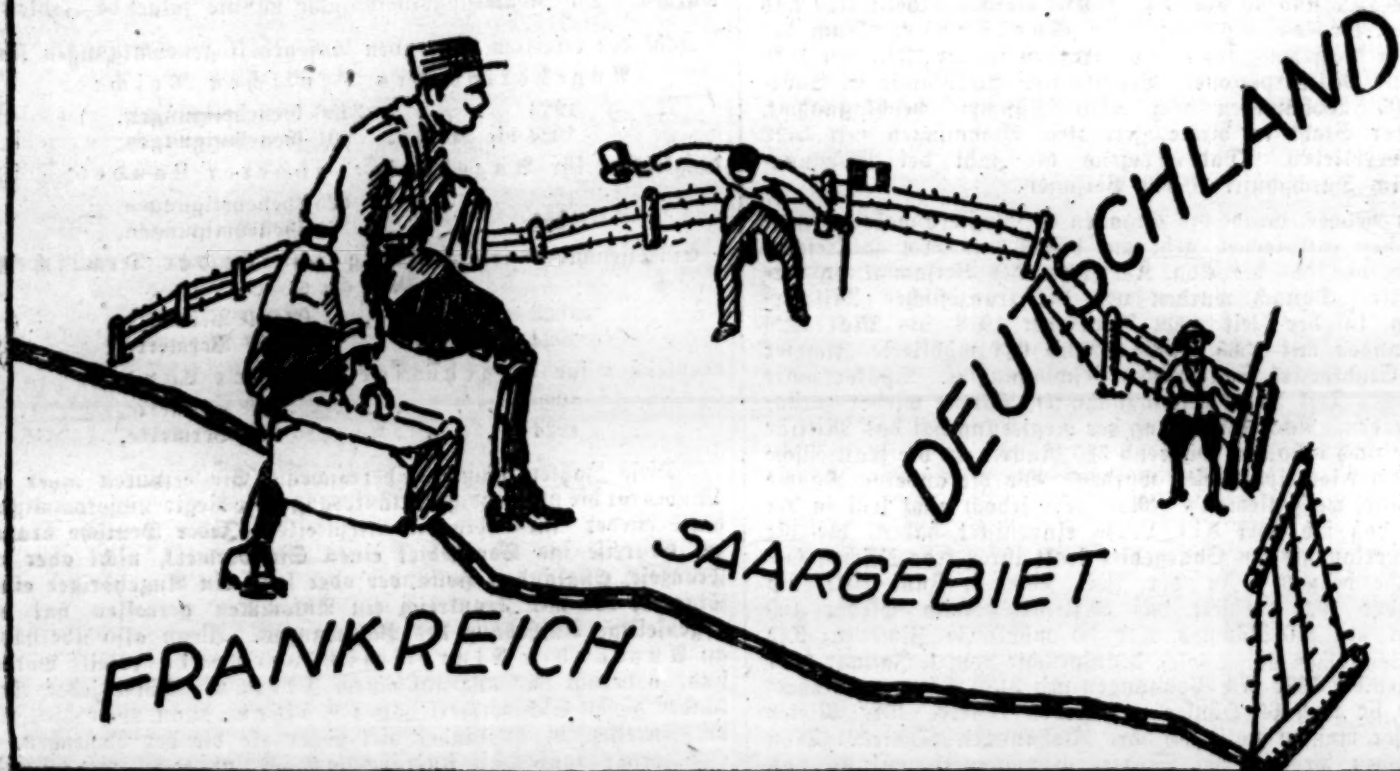


(Zuruf des Abg. Rarius: Das habe ich ja gar nicht gesagt!). Herr Kuchenbeker verlas zum Beweise dessen ein Schreiben an das Städtische Wohnungsamt, in dem die Behauptung Schoettlers, er habe ein Recht auf die Wohnung, als unzutreffend bezeichnet wird. Allerdings habe Herr Schoettler in der Passagestraße eine Wohnung. Zwei Zimmer davon seien gewerbliche Räume, die mit der dazu gehörigen Wohnung „eine Wohnungseinheit“ bildeten. Im übrigen schwebte ein Verfahren vor dem Mieteinigungsamt, dem aber lediglich Streitigkeiten zwischen Mieter und Vermieter zugrunde lägen.

Was von diesen Regierungsdementis zu halten ist, wurde schon in der nächsten Sitzung des Landrats bewiesen. In dieser Sitzung wurde nämlich durch Vorlage des Mietvertrages im Falle Carrières das Gegenteil von dem bewiesen, was der Regierungsvertreter am Tage vorher „berichtigt“ hatte; es wurde festgestellt, daß Carrière nur einen kurzfristigen Vertrag mit dem Hauswirt abgeschlossen hatte. Ministerialdirektor Kuchenbeker mußte angesichts dieses unanfechtbaren Beweistandes zu-

hat man, nach Mitteilung des Abg. Schmelzer, von Seiten der Regierung die Hölle schon recht belagert, um ihn zu veranlassen, die Wohnung zu räumen. Man hat den Gewerbelehrer wiederholt an die Schulabteilung zitiert und ihm die Räumung der Wohnung nahegelegt, zum Schluß hat man ihm sogar eine Direktorstelle an der Gewerbeschule in Bülklingen in Aussicht gestellt. Dann hätte man also die erstaunliche Tatsache, daß ein Staatsbeamter zugunsten einer Privatperson seine Wohnung in Saarbrücken räumt, daß dafür aber in Bülklingen eine neue Wohnung beschlagnahmt würde. Es sei festgestellt, daß an diesem Manöver die Schulabteilung mitgewirkt hat, indem sie wiederholt den Lehrer zitiert hat. Es bleibt also feststehend, daß die „gewerblichen Räume“ in der Wohnung des Privatmannes Schoettler als „Geschäftsstelle“ des mit französischem Gelde gespeisten, die landesverräterischen Absichten der Saar separatisten fördernden Saarbundes benutzt werden. So sehen die Dinge in Wirklichkeit aus.

## DAS „UNPARTEIISCHE“ REGIMENT DES VÖLKERBUNDES IM SAARGEBIET.



Die Unparteilichkeit der vom Völkerbund eingesetzten Saarregierungscommission erhellt am besten daraus, daß ihr Präsident ein Franzose ist, und der Bevölkerung eine mitbestimmende parlamentarische Vertretung nicht gewährt wird.

(Entnommen aus der politischen Bildbroschüre „Was heißt französische Besatzung?“ 81 Zeichnungen von Fritz Schüller — Preis 1,50 Mk. Verlag Bernard & Graefe, Berlin N 4, Wöhlertstraße 12)

geben, daß er nicht richtig unterrichtet worden war, und stellte nähere Prüfung des Falles in Aussicht. Ebenso wenig Glück hatte er mit der „Aufklärung“ des Falles Schoettler. Hierzu hatte Abg. Rarius (Zentr.) die Behauptung aufgestellt, daß der Hauptschriftleiter des saar-separatistisch-westpropagandistischen „Saarkurier“, Schoettler, ein Junggeselle, sich eigenmächtig in den Besitz einer Sechszimmerwohnung gesetzt habe mit der Begründung, er habe ein „Anrecht“ darauf. Ministerialdirektor Kuchenbeker glaubt dies dahin berichtigen zu müssen, es sei unzutreffend, daß Schoettler von der Regierungscommission eine Wohnung erhalten habe, was ihm vom Abg. Rarius den durchaus berechtigten Zuruf eintrug, daß er dies ja gar nicht behauptet habe. Ministerialdirektor Kuchenbeker verlas weiterhin in dieser Sache ein Schreiben (von wem? D. Schriftl.) an das Städtische Wohnungsamt Saarbrücken, in dem die Behauptung Schoettlers, er habe ein Recht auf die Wohnung, als unzutreffend bezeichnet wird. Allerdings habe Herr Schoettler in der Passagestraße eine Wohnung. Zwei Zimmer davon seien gewerbliche Räume, die mit der dazu gehörigen Wohnung „eine Wohnungseinheit“ bildeten. Benachbart liegt eine Wohnung von vier Zimmern und Küche, bewohnt von einem Staatsbeamten, einem Gewerbelehrer. Diesem Mann

Zur Sache selbst brachte das Zentrum zu der Wohnungsvorlage der Regierungskommission folgendes Gutachten ein:

„Zu dem Entwurf der Regierungskommission, betreffend Abänderung der Verordnung vom 28. Dezember 1922, betreffend die Neuordnung der Bestimmungen über das Wohnungswesen, gibt der Landrat folgendes Gutachten ab:

1. Durch den Entwurf der Regierungskommission wird das Vorrecht der französischen Grubenverwaltung trotz des Protestes des Landrates bei der vorletzten Beratung erneut aufrechterhalten. Die Vorrechte der Bergwerksdirektion sind beschränkt auf die Häuser, die ihr durch den Vertrag von Versailles am 10. Januar 1920 übereignet worden sind. Alle später erworbenen Häuser unterliegen der Wohnungsverordnung.
2. Trotz wiederholtem Verlangen des Landrates hat das französische Militär, die französische Gendarmerie und die französischen Zollbeamten ein Vorrecht auf Wohnungen, dessen Beseitigung der Landrat in der letzten Sitzung ebenfalls verlangt hat, weil dieses Vorrecht dem Vertrag von Versailles widerspricht.



3. Den Beamten werden unter besonderer Bevorzugung der Ausländer vorzugsweise Wohnungen überwiesen. Dieses Verfahren widerspricht dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Saarbevölkerung.

4. Die Regierungskommission hat dem Antrag des Landesrats, bedürftige Mieter und Vermieter zu entschädigen und den Mieterschutz denjenigen zu entziehen, die nicht bedürftig sind, nicht stattgegeben. An diesem Antrag wird erneut festgehalten.

5. Der Forderung auf Bereitstellung von Mitteln zur Erstellung von Neubauten ist nicht wunschgemäß entsprochen worden.

Der Landesrat lehnt daher die Vorlage in der vorgelegten Fassung ab und ersucht, seine Beschlüsse vom 29. April und 2. Mai 1924 in Kraft treten zu lassen.

Die Deutsch-Saarländische Volkspartei schloß sich dem Gutachten an.

Die SPD. gab ihrerseits ein Gutachten ab, in dem es u. a. heißt:

„Die sozialdemokratische Fraktion des Landesrats versagt dem Entwurf der Regierungskommission betr. Neuordnung der Bestimmungen über das Wohnungswesen die Zustimmung.

Der Entwurf hält an den bereits früher von uns abgelehnten Vorrechten der Beamten, der Bergverwaltung und des Militärs fest. Diese Vorrechte entbehren jeder rechtlichen Grundlage und jedes sozialen Bedürfnisses.

Unsere Anträge und Vorschläge dürfen nur die als leistungsfähig bezeichneten Teile der Bevölkerung treffen, eine Auffassung, in der die bürgerlichen Parteien nicht mit uns übereinstimmen.

Der Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen kann immer nur insoweit erfolgen, als die Wohnungsnot tatsächlich beseitigt ist.“

Ein drittes Gutachten hatten die Haus- und Grundbesitzer eingereicht, in dem sie die von der Regierung vorgelegte Fassung des Gesetzes absolut ablehnten. Das Gutachten, das vom Präsidenten des Landesrats verlesen wurde, trug ganz die Züge der früher bei Herrn Schmoll beliebten Proklamationen und trägt zu einer praktischen Lösung dieser für die Grundbesitzer so außerordentlich wichtigen Fragen aber auch rein gar nichts bei.

Von dem Abg. Rarius wurde dann noch ein Antrag in der Frage der Aufwertung eingebracht. In dem Antrag heißt es:

„Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission zu ersuchen, demselben möglichst bald eine Vorlage über die Aufwertung von Vermögensanlagen, und zwar der Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, Reallasten, Pfandbriefe, Rentenbriefe und anderen verzinslichen oder an Stelle der Verzinsung mit einem Aufgeld rückzahlbaren Schuldverschreibungen von Grundkreditanstalten, Guthaben bei öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen und Ansprüchen der Versicherten aus Lebensversicherungsverträgen vorzulegen.

Als Vorbild diene der Regierungskommission die dritte deutsche Steuernotverordnung über die Aufwertung vom 14. 2. 24 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 74). Da es sich bei der Aufwertung teilweise um Anlagen handelt, die unter den Begriff der Sozialversicherung im Sinne des § 24 des Saarstatutes fallen, wird die Regierungskommission ersucht, entsprechend dem § 24 Abs. 2 des Saarstatutes sich mit der deutschen Regierung zur Durchführung einer Aufwertung unverzüglich in Verbindung zu setzen.“

Da es sich bei der angeschnittenen Frage jedoch um eine äußerst vielseitige und schwierige Materie handelt, wurden sich die Fraktionen dahin einig, den Antrag erst in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Damit vertagte sich das Haus auf unbestimmte Zeit.

## Was im französischen Gelbbuch nicht steht.

Von Professor Dr. M. P. Rühlmann - Berlin.

In vielen Tausenden ist das recht biddeilig geratene französische Gelbbuch von den „Sicherheitsgarantien gegenüber deutschen Angriffen“ in die Welt hinausgegangen und wird namentlich in England und in Amerika nicht ohne Wirkung bleiben. Die französische Presse folgt prompt den Weisungen des Quai d'Orsay; in allen Tonarten wird die rührselige Melodie gesungen: Das freiheitliche, friedenshungrige, edelmütige Frankreich bleibt hilflos dem Zugriff des trotz aller Niederlagen immer noch mächtigen Nachbarn im Osten, des von Grund aus militaristischen Deutschlands ausgesetzt, solange sich die Tricolore nicht bauernd in den grünen Fluten des Rheins spiegelt. Es scheint in der Tat, als wenn die Weltmeinung wieder dem großen Gimpelfänger folgen wird. Durch nichts aber wird das hysterische „Sicherheitsgeschrei“ der Franzosen als das enthüllt, was es ist, als imperialistische Nachzügler, als hegemoniales Streben der militärischen Macht Europas, wenn man die diplomatischen Aktenstücke sich zurechtlegt, die das französische Gelbbuch in kluger Voraussicht weggelassen hat. Vor allem sind es die Sowjet-Veröffentlichungen über den diplomatischen Schriftwechsel zwischen dem zaristischen Rußland und dem republikanischen Frankreich aus den Jahren 1914—1917. Durch sie wird das ureigene, letzte Ziel Frankreichs klar herausgestellt: Der Rhein werde die Ostgrenze Frankreichs. Deutschland muß niedergebunden und wenn möglich vollständig vernichtet werden. Die Waffenstillstandsbedingungen, die Frankreich ohne Vorbehalt unterzeichnete, den Versailler Frieden, dessen Ausgestaltung Frankreich schon wesentlich in seinem Sinne beeinflusste, diese beiden feierlichen Versprechen gebietet Frankreich gar nicht loyal auszuführen. Das Versailler Diktat, das an sich schon einen Grausamkeitsvertrag, unerhört und ungeheuer in der Geschichte, darstellt, muß im französischen Sinne „verbessert“ werden, um jenem letzten Ziele der französischen Hegemonialpolitik mit dem Rhein als französische Ostgrenze nahezu kommen. Hören wir die Schriftstücke selbst.

Geheimtelegramm des russischen Botschafters Iswolsti an den russischen Außenminister Sazonow.

Bordeaux vom 30. September/13. Oktober 1914, Nr. 497:

„Ich berufe mich auf Ihr Telegramm Nr. 2935. Persönlich. Ich habe Gelegenheit gehabt, persönlich von mir aus mit Delcassé über die in diesem Telegramm aufgeworfene Frage zu sprechen. Indem er vorausschickte, daß es zurzeit noch zu früh sei, „das Fell des Bären zu verkaufen“ und daß er es bis jetzt vermieden hat, hierüber mit seinen Kollegen zu sprechen, gab Delcassé zu, daß es angebracht wäre, rechtzeitig die gegenseitigen Ansichten und Wünsche der Verbündeten festzustellen. Er ist über-

zeugt, daß hierbei zwischen Rußland, Frankreich und England keinerlei Meinungsverschiedenheiten entstehen können. Er selbst hat sehr oft und unvollkommen offen mit Ihnen gesprochen und hat sich überzeugen können, daß die von Rußland und Frankreich verfolgten Ziele identisch sind. Für sich selbst sucht Frankreich in Europa keinerlei territoriale Erwerbungen, mit Ausnahme natürlich der Rückerstattung Elsaß-Lothringens. In Afrika strebt es ebenfalls zu keinen neuen Erwerbungen und wird sich damit begnügen, die letzten Reste der Algerias-Akte zu vernichten und einige koloniale Grenzen zu berichtigen. Sodann besteht das hauptsächlichste Ziel Frankreichs — und in dieser Hinsicht sind alle drei verbündeten Mächte durchaus solidarisch — darin, daß das Deutsche Reich vernichtet und die militärische und politische Kraft Preußens soviel wie möglich geschwächt wird. Man muß die Sache so machen, daß die einzelnen deutschen Staaten hieran selbst interessiert sind. Ueber die Einzelheiten der zukünftigen Gliederung Deutschlands ist es noch zu früh zu sprechen. England wird wahrscheinlich die Wiederherstellung eines unabhängigen Hannover verlangen und diesem wird sich natürlich weder Rußland noch Frankreich widersetzen. Schleswig-Holstein muß an Dänemark kommen, trotz der zweideutigen Haltung der dänischen Regierung. England sucht gleichfalls keine Eroberungen in Europa, wird aber kolonialen Zuwachs auf Kosten Deutschlands verlangen, wogegen Frankreich keine Einwendungen erhebt. Was Rußland anbelangt, so werden seine territorialen Forderungen in allgemeinen Zügen von selbst bestimmt, und selbstverständlich ist Frankreich im voraus damit einverstanden. Außerdem wird Rußland natürlich die Freiheit der türkischen Meerezen verlangen, mit genügenden Garantien, und in dieser Frage ist Rußland eine weitgehende Unterstützung von Seiten Frankreichs zugesichert, welches in dieser Angelegenheit eine für uns nützliche Einwirkung auf England ausüben kann. Fortsetzung folgt.“

Telegramm Iswolstis an Sazonow aus Bordeaux vom 30. September/13. Oktober 1914, Nr. 497:

„Fortsetzung. Persönlich. Sehr vertraulich. Hierbei berief sich Delcassé auf die Verhandlungen, die in Petersburg im Jahre 1913 stattgefunden haben, und bat inständigst, Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die Forderungen und Wünsche Frankreichs dieselben geblieben sind, mit Ausnahme des notwendigen Wunsches, die politische und ökonomische Kraft Deutschlands zu vernichten. Die Notwendigkeit dieses Umstandes wird durch die jetzige Konjunktur bedingt, ganz besonders in Anbetracht der Beteiligung Englands am Kriege, und die französische Regierung besteht auf der Er-



reichung dieses Zieles, in der Annahme, daß dieses nicht nur für Frankreich, sondern auch für die anderen Mächte und sogar für die ganze Welt von gleicher Wichtigkeit ist."

Telegramm Tswolskis an Sasonow aus Bordeaux vom 30. September/13. Oktober 1914, Nr. 498:

"Fortsetzung. Sehr vertraulich. Ich bitte mich dringlich zu benachrichtigen, über welche Geldmittel ich verfügen kann, um die Propaganda für die oben erwähnte Idee zu organisieren. Hierbei halte ich es für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand zu lenken, daß im jetzigen Zeitpunkt dieses einen Entschluß Rumäniens und Italiens zu unseren Gunsten beschleunigen, in Zukunft aber ein bedeutendes Gegengewicht gegen diese beiden Staaten bilden wird."

Die vollkommene Zerschmetterung Deutschlands politisch und wirtschaftlich war schon das Ziel Frankreichs unmittelbar nach der Marne-Schlacht 1914. Drei Jahre später lautete dies wesentlich konkreter.

Geheimtelegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter Tswolski in Paris.

Petersburg den 12. Februar 1917.

Nr. 507. Kopie nach London.

Geheim. Auf einer Audienz beim Zaren machte Herr Doumergue dem Kaiser Mitteilung von dem Wunsche Frankreichs, sich nach der Beendigung des jetzigen Krieges die Rückgabe Elsass-Lothringens und eine besondere Stellung für das Saarbecken zu sichern, ferner die politische Abtrennung der linksrheinischen Gebiete von Deutschland zu erreichen, und diese auf einer besonderen Grundlage zu organisieren, damit der Rhein für die Zukunft eine sichere strategische Grenze gegen einen deutschen Einfall bildet. Doumergue sprach die Hoffnung aus, daß die kaiserliche Regierung sich nicht weigern würde, sofort ihr formelles Einverständnis mit diesen Vorschlägen auszusprechen. Seine Majestät geruhte, sich hiermit prinzipiell einverstanden zu erklären, infolgedessen hat ich Doumergue, sich mit seiner Regierung in Verbindung zu setzen und mir den Entwurf eines Abkommens mitzuteilen, das durch einen Notenwechsel zwischen dem französischen Botschafter und mir formell vollzogen werden könnte. Indem wir auf diese Weise den Wünschen unseres Bundesgenossen entgegenkommen, halte ich es dennoch für meine Pflicht, an den Standpunkt zu erinnern, den die kaiserliche Regierung im Telegramm vom 9. März 1916, Nr. 948, eingenommen hat: „Daß, indem wir Frankreich und England volle Freiheit in der Bestimmung der westlichen Grenzen Deutschlands überlassen, wir unsererseits damit rechnen, daß unsere Verbündeten ihrerseits uns die gleiche Freiheit in unseren Grenzregulierungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn einräumen.“ Daher gibt uns der bevorstehende Notenaustausch über die von Doumergue angeregte Frage Anlaß, die französische Regierung zu bitten, uns gleichzeitig ihr Einverständnis damit zu bestätigen, daß sie Rußland in der Sache der Bestimmung seiner zukünftigen westlichen Grenzen volle Handlungsfreiheit läßt. Genaue Angaben zu dieser Frage werden wir seinerzeit dem Pariser Kabinett mitteilen. Außerdem halten wir es für notwendig, einen Vorbehalt zu machen bezüglich des Einverständnisses Frankreichs zu der Abschaffung des auf den Ålands-Inseln ruhenden Servituts nach Beendigung des Krieges. Wollen Sie sich bitte im oben angeführten Sinne mit Briand aussprechen und mir die Ergebnisse telegraphisch mitteilen.

Potrowsky.

(Zwestija vom 23. November 1917.)

Geheimtelegramm des Botschafters in Paris. 13. Februar 1917. Nr. 88.

Kopie nach London.

Ich nehme Bezug auf Ihr Telegramm. Nr. 507.

Geheim. Ich habe eben schriftlich dessen Inhalt Briand mitgeteilt, der mir sagte, daß er nicht verfehlen würde, mir die offizielle Antwort der französischen Regierung zu übermitteln, daß er aber schon jetzt in seinem eigenen Namen zu erklären könne, daß die in Ihrem Telegramm ausgesprochenen Wünsche auf keine Schwierigkeiten stoßen werden.

Tswolski.

(Zwestija vom 23. November 1917.)

Abschrift der Note des Ministers des Auswärtigen vom 14. Februar 1917 unter Nr. 26 an den französischen Botschafter in Petersburg.

In der Note vom heutigen Tage waren Euer Excellenz so freundlich, der kaiserlichen Regierung mitzuteilen, daß die Regierung der Republik beabsichtige, unter die Friedensbedingungen, welche Deutschland vorgeschlagen werden sollen, folgende Forderungen und Garantien territorialer Natur aufzunehmen:

1. Elsass-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben.
2. Die Grenzen (dieses Gebietes) werden mindestens bis zum Umfange des früheren Herzogtums Lothringen ausgedehnt und sind nach den Wünschen der französischen Regierung festzusetzen, wobei die strategischen Notwendigkeiten berücksichtigt werden müssen, damit auch das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers dem französischen Territorium einverleibt wird.
3. Die übrigen linksrheinischen Gebiete, die jetzt zum Bestande des Deutschen Reiches gehören, sollen von Deutschland ganz abgetrennt und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland befreit werden.
4. Die linksrheinischen Gebiete, die dem Bestand des französischen Territoriums nicht einverleibt werden, sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und solange von französischen Truppen besetzt bleiben, bis die feindlichen Reiche endgültig alle Bedingungen und Garantien erfüllt haben werden, die im Friedensvertrage angeführt sein werden.

Euer Excellenz erklärten mir, daß die Regierung der Republik glücklich wäre, die Möglichkeit zu haben, auf die Unterstützung der kaiserlichen Regierung bei der Durchführung ihrer Absichten rechnen zu können. Auf Befehl Seiner kaiserlichen Majestät, meines erlauchten Gebieters, habe ich die Ehre, im Namen der russischen Regierung auf die gegenwärtige Note Euer Excellenz zu erklären, daß die Regierung der Republik auf die Unterstützung der kaiserlichen Regierung bei der Durchführung ihrer oben dargelegten Absichten rechnen kann.

Genehmigen Sie usw.

(Zwestija vom 23. November 1917.)

Den Unterschied zwischen französischer Geheimdiplomatie und den für die Weltöffentlichkeit bestimmten Äußerungen beleuchtet das fast gleichzeitig (12. Januar 1917) erfolgte Interview, das Poincaré dem amerikanischen Journalisten Edward Marshall gab:

„Ihr großes Land versteht gewiß, daß wir nicht nur für unsere Unabhängigkeit und unsere nationale Ehre kämpfen, sondern auch für eine weit allgemeinere Sache, die die Grenzen unseres eigenen Interesses überschreitet: wir kämpfen für das Recht der Individuen und die Freiheit der Völker...“

Im Bewußtsein für die Menschheit zu kämpfen, haben wir nicht das Recht, die Waffen niederzulegen, bevor wir einen wahrhaft menschlichen Frieden unterzeichnen können, d. h. einen Frieden, der auf Grundrissen aufgebaut ist, die ihn wirklich lebensfähig machen und mit den Rechten der Völker übereinstimmen müssen, einen Frieden, der der Welt die Wiederkehr einer solchen Katastrophe erspart.“

Wird die Weltmeinung nach Kenntnis dieser Dokumente noch an das übliche französische Rattenfängermärlein glauben? Der große Rattenfänger Raymond Poincaré hat vielleicht doch zu lange schon sein loßend Lied geblasen, als daß es noch wirksam wäre.

★

Und für das Saargebiet ergibt sich die besondere Frage: Wie lange glauben die mit französischen Geldern gespeisten (siehe obiges Telegramm Nr. 498) „Saarbündler“ zur nachträglichen Erreichung des französischen Vorkriegszieles (siehe Telegramm 497, 507 und Note Nr. 26) ihr Verräterspiel noch unter der scheinheiligen Maske „Das Saarland den Saarländern“ fortsetzen zu können?

## Einreiseverweigerung für den Reichstagsabgeordneten Sollmann für das Saargebiet.

Die Regierungskommission für das Saargebiet hat dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Sollmann die Zutrittsbewilligung für das Saargebiet nicht erteilt. Sollmann sollte am 24. Mai auf der saarländischen Haupttagung der Sozialdemokratie des Saargebietes ein Referat halten, bei dem, wie der Regierungskommission ausdrücklich erklärt worden ist, saarländische Fragen nicht behandelt werden sollten. Wenn man auf der anderen Seite berücksichtigt, daß die Regierungskommission der Einreise französischer Minister, Politiker und Journalisten nicht die geringsten Schwierigkeiten bereitet, so wird mit der Einreiseverweigerung für Sollmann erneut die „Unparteilichkeit“ der Regierungskommission in das richtige Licht gesetzt.



# Kapital- und Kreditnot als Folgen französischer Wirtschafts- und Währungspolitik.

Die Saargenossenschaftsbank (Gersweiler Sparkasse) Gersweiler-Saarbrücken berührt in ihrem Geschäftsbericht für 1923 bei Besprechung der wachsenden Kapital- und Kreditnot im Saargebiet die französische Wirtschafts- und Währungspolitik an der Saar. Der Bericht sagt darüber folgendes:

Das Jahr 1923 hat in der Finanz- und Wirtschaftsgeschichte des Saargebietes durch die von seiner Regierungskommission gesetzlich angeordnete Währungsumstellung aus der deutschen Markt in den französischen Franken ein besonderes Gepräge erhalten. Wenn auch nicht verkannt werden darf, daß das Saargebiet von der katastrophalen Marktentwertung im letzten Halbjahr 1923 nicht mehr in gleichem Maße in Mitleidenschaft gezogen wurde und manche Werte erhalten werden konnten, so ist andererseits doch die Absperzung des Gebietes von der Diskont- und Notenbank der französischen Währung, das Kapitalausfuhrverbot aus Frankreich, die Abwanderung der Bergwerksüberschüsse und anderer im Saargebiet produzierten Kapitalien nach Frankreich ohne entsprechende Gegenleistung, die Ursache, daß die Kapital- und Kreditnot, namentlich in den nicht großindustriellen Wirtschafts- und Bevölkerungskreisen, so außerordentlich gefährdrohende Formen angenommen hat. Hierdurch muß zurzeit das Urteil über den Erfolg der Währungsumstellung verdunkelt werden, wenn nicht diejenigen Recht behalten sollen, die diese Maßnahmen oder Hindernisse der Auswirkung der Währungsänderung auf politische Gründe zurückführen. Wir glauben uns als größte Genossenschaftsbank des Saargebietes, als Vertreter der uns und den andern gewerblichen Kreditgenossenschaften angeschlossenen gewerblichen, klein- und mittelindustriellen Handwerker-, landwirtschaftlichen und werktätigen Bevölkerungskreise zu diesen Ausführungen und Mahnungen berechtigt, um so mehr, als unsere Bilanz für 1923 zeigt, daß wir getreu unserem seit fast 30 Jahren durchgeführten Programm auch aus eigener Kraft ohne offizielle Hilfe auf Grund der genossenschaftlichen Selbsthilfsorganisation der Vermittler des Anlage suchenden Kapitals und der produzierenden Wirtschaft im Saargebiet geblieben sind. Wenn dies nicht in dem Umfange, wie wir dies wünschten, möglich war, so trägt außer den vorerwähnten Ursachen die sehr langsame Neubildung des Sparkapitals daran die Schuld.

Also trotz sehr vorsichtiger kritischer Beurteilung der Kapital- und Wirtschaftslage an der Saar kommt der Geschäftsbericht der Bank rein zahlenmäßig auf Grund einfachster wirtschaftlicher Folgerungen zu einer Beurteilung der französischen Währungspolitik.

Wie diese Kreditnot aber noch außerdem von französischer Seite systematisch verschärft wird, darüber liefert die „Saarbr. Zeitung“ einen bezeichnenden Beweis. Das Blatt schreibt unter der Überschrift: „Wie die französisch-saarländische Handelskammer die saarländischen Wirtschaftsinteressen „fördert““:

In Saarbrücken befindet sich bekanntlich eine „französisch-saarländische Handelskammer“, die den saarländischen Firmen dadurch „schmachhaft“ gemacht wurde, daß durch ihre Vermittlung die Anbahnung französischer Wirtschaftsbeziehungen angeblich erleichtert werden sollte. Wir wissen auch, daß sich diese „Handelskammer“ von gewisser Seite einer Förderung zu erfreuen hat, die sich darin dokumentiert, daß man es ihr erleichtert, sich immer mehr in unser Wirtschaftsleben einzuschieben. Wie diese Handelskammer aber ihre Aufgabe, das saarländische Wirtschaftsleben zu fördern, ausfaßt, dafür finden wir einen bezeichnenden Beweis im „Moniteur officiel des Commerce et de l'Industrie“. In dieser vom französischen Handelsministerium amtlich herausgegebenen Zeitschrift ist in der Nummer 78 vom 23. April d. J. ein längerer Bericht über das Saargebiet und die dem französischen Handel sich hier bietenden Abzähmlichkeiten veröffentlicht. Darin heißt es u. a.:

„Da der Frank die gesetzliche Währung ist und französische Erzeugnisse vollstet in das Saargebiet eingehen, sind hier die Lebenskosten von denjenigen in Elsaß-Lothringen nur wenig unterschieden. Es ist jedoch am Plage, mit der Gewährung von Krediten sehr vorsichtig zu sein. Das Saargebiet hat in dieser Hinsicht eine durch die Nichtvalorisierung der früheren Marktguthaben begründete heftige Krisis zu überstehen und es ist nicht selten, daß erstklassige Firmen Wechsel valeurs unbezahlt zurückgehen lassen, ohne daß es sich hierbei um im Grunde genommen schlechte Firmen handelt.“

(Communication de la Chambre de Commerce franco-sarroise, Sarrebruck.)

Diese Warnung vor der Kreditgewährung an saarländische Firmen, die nach uns zugegangenen Nachrichten von der französisch-saarländischen Handelskammer auch direkt an elsaß-lothringische Geschäftskreise gerichtet worden ist, zur Kenntnis der hiesigen Geschäftskreise zu bringen, hielten wir für unsere Pflicht, damit diese Kreise sich ein Bild davon machen können, welche „Stöße“ sie an der französisch-saarländischen Handelskammer haben. Nach solchen Warnungen braucht man sich nicht darüber zu wundern, wenn die Kreditnot, die ohnedies schon scharf genug ist, noch mehr verschärft wird. Ob die saarländischen Firmen, die sich dazu bereit finden liegen, die Mitgliedschaft bei dieser Kammer zu erwerben und nicht unerhebliche Beiträge zu ihrer Unterhaltung zu leisten, mit einer solchen „Förderung“ ihrer Interessen einverstanden sind, darf billig bezweifelt werden.

## Die Rückwirkungen der Frankenschwankungen auf die Saarindustrie.

Zunehmende Absatzschwierigkeiten, zu hohe Gesehungskosten. — Arbeiterentlassungen.

In unserer Nummer 7 hatten wir auf die Rückwirkungen der Schwankungen des Frankenturses hingewiesen und angedeutet, daß sich die kritische Lage in der Saarindustrie infolge der Frankeninflation verschärfen müßte, so daß daraus Hemmungen in der ungestörten Fortführung der Betriebe, vornehmlich solcher, die auf die Ausfuhr angewiesen und daher von den Weltmarktpreisen abhängig sind, zu befürchten standen. Diese Befürchtungen beginnen sich jetzt leider zu bewahrheiten. Die Vereinigten Bopeliuschen und Wenzelschen Glashütten haben zum Ausgang des Monats Mai ungefähr 850 Arbeitern gekündigt, da es nach ihren Angaben unmöglich sei, bei den heutigen Kohlenpreisen die Arbeit und den Betrieb aufrechtzuerhalten. Sie erklären, daß an eine Fortführung des Betriebes nur zu denken wäre, wenn die Kohlenpreise um 25—30 Prozent ermäßigt und Verringerung der Löhne um etwa 20 Prozent eintreten würde. Die Unrentabilität der Betriebe ist, wie ausdrücklich erklärt wird, auf die erheblichen Schwankungen des Frankens zurückzuführen, dessen plötzliche Besserung in ganz Frankreich starke Absatzsteigerungen verursacht hat. An eine Fortführung des Betriebes kann erst gedacht werden, wenn die Herstellungskosten zu den Verkaufspreisen in ein erträgliches Verhältnis gebracht werden können. Die schwierigen Verhältnisse machen sich übrigens nicht nur für die saarländische Glasindustrie geltend, denn auch die großen belgischen Glashütten befinden sich in derselben prekären Lage, so daß sie eine 30prozentige Lohnermäßigung als Vorbedingung erklärt haben, wenn sie ihre Betriebe über den 30. Mai hinaus aufrecht erhalten sollen.

Uebrigens sollen die Löhne nicht die größten Schwierigkeiten bereiten, nachdem sich die Arbeiter zur Vermeidung einer allgemeinen Betriebsstilllegung zur Herabsetzung der Löhne in einem angemessenen Umfange bereit erklärt haben sollen. In erster Linie sind es die unangemessen hohen Kohlenpreise der französischen Bergwerksdirektion, die ein Konkurrieren der Saarindustrie auf dem Weltmarkt unmöglich machen — vielleicht ist das auch Absicht. — Auch aus der Eisenindustrie kommen Meldungen über Arbeiterkündigungen. So wird gemeldet, daß auf den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken in Völklingen zum 15. Mai 350 Arbeiter die Kündigung erhalten haben. Hierzu kommt noch der normale Abgang von 150 Leuten, der besonders im Frühjahr stark zu sein pflegt, weil eine Anzahl der Leute sich mehr wieder der landwirtschaftlichen Arbeit zuwendet. Ohne diesen Abgang wäre der Umfang der Kündigung noch größer gewesen. Das Werk verringert also zum 15. d. Mts. seine Belegschaft um rund 500 Mann. Gewiß kein günstiges Zeichen für die wirtschaftliche Lage im Saargebiet. Auch hier wird das Mißverhältnis zwischen Gesehungskosten und den erzielbaren Verkaufspreisen als Grund der Betriebseinschränkung bezeichnet. Zwischen dem Werke und den Gewerkschaften schweben bereits Verhandlungen.



## Altsaarbrücker Originale.

Sie sind ausgestorben: Das Zeitalter der Dugendmenschen mit der steigenden Unrast und Unduldsamkeit hatte ebensowenig Raum mehr für sie, wie für die alten Tanten und Großmütterchen, die früher in jedem Altsaarbrücker Haushalt, in ihrem so wunderbar anheimelnden, mit allerlei Andenken und Urväterhausrat ausgestatteten Stübchen, von allen Familienmitgliedern verhätschelt und geehrt, ihre Tage verbrachten. Dort, wo Rosen und Leptosen vor blinkenden Dachfenstern prangten, lag sicher so ein liebes Tanten- oder Großmütterchen, stets bereit, dem von Vätern bezüglich des Sonntagsgeldes mit einem fünf-groschenstück ausgestatteten Sohn, ihrem Enkel oder Nissen, heimlich noch ein weiteres in die stets begehrtlich-dankbare Hand zu drücken. Und wenn Tanten, teils um ihre Zeit auszufüllen, teils auch aus Gefälligkeit, bei einer befreundeten Familie von ihren in der Jugend erworbenen Fähigkeiten als „Nädersch“ Gebrauch machte, dann war auch das für deren Kinder ein Fest und für die Hausfrau Anlaß zu der tagelang andauernden sorgenvollen Frage: „Was loche mr dann nure, was loche mr nure?“ und der stets, wider besseres Wissen, aber aus dem Drang, vor ihrem Manne die Mehrausgaben für den Festtags-tisch zu beschönigen, aufgestellten Behauptung: „Sie is e bisje häfel (heißel) un mr kann 'r doch nit grad alles vorsehel!“ Und Tanten war doch so bescheiden in ihren Ansprüchen und wenn sie kam, wehrte sie schon am Morgen: „Awwer daß er nure nix Extranes loche, weje mir! — Mache um Gotteswille eich kähn Umständ!“

Diese Tanten, diese Originale gibts nicht mehr! Heute muß jedes Mädchen in die Fabrik, oder an die Schreibmaschine; obwohl mich ein sechzigjähriges Tanten, das „nähen geht“, tausendmal mehr anheimelt wie eine dreißigjährige Tippmamsell, deren Ansporn zur Arbeit nicht warme Freundschaft und Liebe, sondern einzig der schrille Ton der Fabrikpfeife ist. Ebenso bescheiden in ihren Ansprüchen wie Tanten und Großmütter aus Leben, waren die anderen Originale des alten Saarbrücker. Sie waren durch die Bank Stieftinder des Glücks, aber „albe Hiesige“ (nicht Alldahlesige, ein Wort, das „Allda“ heißt, kennt kein „alder Hiesiger“), und das war ihr Stolz, und keine größere Schmach konnte man ihnen antun, als ihre Zugehörigkeit zu den ältesten Hiesigen anzuzweifeln. Und zu leben hatten sie bei ihrer Bedürfnislosigkeit immer: in einem so sauberen, von blühenden Gärten und fruchtbaren Aedern umgebenen Städtchen, in dem jeder Bürger des Sonntags sein Huhn im Topfe hatte, wenn, ja wenn! Und so hätten auch sie ein beschauliches Dasein führen können, der „Denigspeter“, die „Eiermus“ und's „Zeijje“, das taub, einem in wunderbarer Weise die Worte vom Munde ablesen konnte, „Gelse Katt“, „Halbys Dotisch“, die „Kuttelstung“, der „Kapoljon“, mit martialischem Schnauz- und Spitzbart, das „Guhje“, das als leichtes Ueberbleibsel vergangener Zeiten bis in unsere Tage sich hinübergerettet hatte, und, wie sie sonst alle geheißen haben mögen, wenn wir „Saabrücker Buwe“ nicht gewesen wären.

Und dann auch unsere Schulkleute von „anno dozemo!“: der „Witsche“, der „Burgardi“ hier; der „Margardi“ und der „Leib-klücker“ in St. Johann, welche vier die ganze heilige Hermendab verkörpert und beide Städte in Schach und Bann hielten und alle selbst wieder Originale für sich bildeten. Mager wie ein Rechenstiel und dünn wie ein Abreißkalender am Silvester kamen sie her, aber als Walzen rund und fett füllten sie kurze Zeit später ihren Dienst aus. O gutes altes Saarbrücker Bier! Auch du warst originell, wer dich genoss, sparte am Essen und wurde dick und fett dabei, besonders wenn die Biergroschen aus den Taschen der allzeit gebefreudigen Bürger flossen. Und wenn dann die „Saabrücker Buwe“ beim Reitenlaufen durch alle Straßen und Gassen, die ihnen, nicht den Automobilisten gehörten, oder beim „Hussau“ oder „Glidenspiel“ eines jener Originale ansieht wurden und seinen Spitznamen rufend-achselnd in hellen Scharen hinter ihm herliefen, dann war's um es geschehn: Der Rot gehorchend, nicht dem eignen Triebe, kam sicher eine jener Walzen schnaufend und pustend an, und ihr Ruf: „Bringt mir mal den Kerl her, dann werd ich ihn bald haben!“ brachte eine neue Rolle in die an sich schon anregende Unterhaltung. Der arme Kerl, der an sich gar nichts verbrochen hatte, wanderte ins „Kittchen“. Noch heute sehe ich des „Denigspeter“ Mutter, ein lauberes altes Weibchen, mit der unvermeidlichen sogenannten Schlafhaube, das Vorrecht alter Frauen, auf dem Kopfe, mit einer Flasche Wasser im Arm, geniert und geschlagen, wenn ihr Feind, der „Denigspeter“, im Kittchen lag, ums Polizeiamt laufen, bittend und bettelnd, daß man ihm doch das Wasser gebe, da er nachts stets so an Durst litt. — — —

C. Schumann in der Saarbr. Ztg.

## Sprichwörter in unserer Mundart.

Von Studienrat E. D. Saarbrücken in der „Saarbr. Ztg.“

Die Sprichwörter nennt Herder den Spiegel der Denkart eines Volkes; sie enthüllen den Volkscharakter mehr als lange Erzählungen. Unsere deutschen Sittensprüche insbesondere, sagt er, stellen einen Schatz reiner Lehren dar, die in wenig Worten gediegenes Gold bieten. Diesen Goldschatz des deutschen Volkes zu mehr, ist auch unsere Mundart zu ihrem Teil berufen. Viel wertvolles Gut haben emsige Hände schon gehoben, aber auch so manches kostbare Stück mag noch unbekannt im Verborgenen ruhen; wer dazu in der Lage ist, möge doch dazu helfen, einen Schatz zu mehr, den kein Rost verzehrt und kein Feind uns rauben kann. Allen Saarbrücker, die ihre angestammte Mundart lieben, zur Freude sei das bisher gebotene Gut im folgenden unterbreitet; in seiner erfreulich reichen Fülle birgt sich mancher wertvolle Fund.

1. 's isch te Wasser so hell, 's wird als emol trieb.
2. Die Kuh hat vier Fiech un tret als emol fehl.
3. Wer die Geißel hat, der knallt.
4. Wer 's Kreiz hat, der segnet sich.
5. Wer 's lang hat, läßt's lang hänge.
6. Wer nix aus sich macht, wird ausgelacht.
7. Der Wolf verliert sei Hoor, awer sei Raube' nit.
8. Kläne Krotte han 's meischt Gift.
9. 's heißt te Kuh Bläh, außer se hat e weiß Härche.
10. Schlopp am Jopp, Joddel<sup>2)</sup> am Rod.
11. Besser e Bloch<sup>3)</sup> wie e Loch.
12. Aus der Leier gebbt's e Weiher<sup>4)</sup>.
13. Zu wenig un zu viel verhämbeht<sup>5)</sup> alles Spiel.
14. Was dem äne sei Brot, isch dem annere sei Dod.
15. 's isch nix eso schlimm, 's isch for ebbes gutt.
16. En albi Scheier brennt lichterloh.
17. E blindi Sau finnt aach als emol en Eichel.
18. Zu viel verreiht de Sad.
19. Wann der Sad voll isch, muß mr ne zubinne.
20. Mit de Zeit schwächt mr, un mit de Däse fährt mr.
21. Un wammer alt wird wie e Kuh, muß mr lerne immerzu.
22. Was mer nit im Kopp hat, muß mr in de Fiech han.
23. Kurze Hoor sin schnell gebircht.
24. Samschdags gehn nure die Grindkepp meye<sup>6)</sup>.
25. Fingerschlang Glid isch meh wert wie armslang Verstand.
26. Wie der Herr, so 's Gesherr.
27. 's isch ähn Duhn<sup>7)</sup> ob der Wolf das Schaf dod heicht oder dod lekt.
28. Dred macht Sped.
29. Wammer am Dred ruddelt, da stinkt er.
30. 's isch nit genunt, daß mr saht, mr geiht<sup>8)</sup>, 's muß aach gefingert werre.
31. Wer sich wäz ze schide, brauch sich nit ze bide.
32. Wer geht noch Meh, verliert sei Bläh.
33. Wammer dem Maul anbiet, dann freht's.
34. Rupper Geld, Rupper Seelemeß.
35. Besser schlecht gefahr als wie gutt gang.
36. Der Leisch friet die bescht Quetsch.
37. Wer waarte kann, friet aach e Mann; wer Gott vertraut, friet aach e Braut.
38. Zu gutt isch Annerleits Narr.
39. Besser e halb Ei als wie e leert Schal.
40. Rote Hoor un Ellereholz<sup>9)</sup> wachsen uf tenem gudde Boddem.
41. Besser geleiert<sup>10)</sup> wie gefeiert.
42. Wann der Dred<sup>11)</sup> ze Misch wird, will er gefahr sin.
43. Wer nit kummt zu rechter Zeit, der muß esse, was iwrig bleibst.
44. Was mr sich abspart am Mund, das freht entweder Rah oder Hund.
45. Gezwungeheit dut Gott leid.
46. Besser e gedeilt Mahl wie e gemangeltes.
47. Was der Mutter aus Herz geht, geht dem Vatter nure bis ans Anie.
48. E Treppche<sup>12)</sup> riert e Aederche.
49. Wammer alles wißt, wär mr ball reich.
50. Wann ellet nit feschthalle, laßt's Zwelfst nit los (d. h. jedes Beginnen stößt auf zahlreiche Hindernisse).
51. Wer bruch<sup>13)</sup> an der Schissel, demm schadt's am Rissel.

Diese Sprichwörter, die zumeist aus der Familie des Einsenders stammen, sind zum großen Teil noch nicht im Saarbrücker Wörterbuch enthalten. Durch Nachforschungen in anderen alteingesessenen Familien wird sich ihre Zahl wohl noch erheblich vermehren lassen. Also ans Werk, verehrte Freunde der Saarbrücker Mundart!

<sup>1)</sup> Hinterhältigkeit, <sup>2)</sup> Fegen, <sup>3)</sup> Gliden, <sup>4)</sup> Uebestriebene Lust endet mit Leid, <sup>5)</sup> verdirbt, <sup>6)</sup> am Brunnen oder im Nachbarhaus plaudern, <sup>7)</sup> es ist einerlei, <sup>8)</sup> geht, <sup>9)</sup> Erlen, <sup>10)</sup> geringe Tätigkeit, <sup>11)</sup> Ruhred, <sup>12)</sup> Tröpschen, <sup>13)</sup> manlt.



## Marie Hart 7.

### Die politische Bedeutung ihres Lebenswerkes.

Von Dr. Karl Brill (früher Straßburg i. El.).

Am 3. Mai haben die im Reiche lebenden Elsässer ihrer Marie Hart das letzte Geleit gegeben. Im württembergischen Liebenzell, nicht in der geliebten elsässischen Erde wird sie von einem langen, arbeitsreichen Leben ausruhen. Buchsweiler, das unterelsässische Landstädtchen, dessen Leben und Treiben und dessen Menschen sie in ihren Schriften immer und immer wieder geschildert hat, ist um die Ehre gekommen, dieser treuesten und elsässischsten Tochter des elsässischen Bodens die Stätte ihrer letzten Ruhe zu gewähren. Sie hat mit so vielen und vielem Deutschen das Los geteilt; im „befreiten“ Elsaß war kein Platz für sie.

Als Dialektdichterin hat die Verstorbene keinen Vergleich zu scheuen. Unübertroffen, ja unerreicht ist sie in der Kleinmalerei des elsässischen Alltags; wenn man sie „den elsässischen Fritz Reuter“ genannt hat, so war das noch nicht genug Lob. Wie wußte sie mit wenigen Strichen, ja oft mit einem einzigen Worte einen Menschen und eine Stimmung zu charakterisieren! Wie lebendig stehen die Deutschen vor uns, die sie uns gemalt hat, daß wir sie lebhaftig vor uns zu sehen glauben: diese Vertreter des edelsten elsässischen Lebens, diese lebenswürdigen Menschen, die Familie Redslob aus der „Franzoselei“ etwa oder der „Herr Merzling“ und seine verschiedenartigen Töchter!

Die lyrische Begabung haben uns vor allem die heimweh-schweren Gedichte ihres letzten Buches („Erinnerungs-Land“) recht erkennen lassen, etwa das stimmungsvolle Gedicht an die Vogesen oder das Loblied auf ihre verlorene Heimat mit den Schlußworten:

„... Auf dem ganzen, großen Erdball  
In dem Himmel noch drübe  
Ich m'r nix ans Herz gewachse,  
Ich m'r nix so lieb wie Du!“

Marie Hart, die schlichte, stille, gütige Frau, ist nie eigentlich politisch hervorgetreten, und wenn ihr gelegentlich von französischer Seite Tendenz vorgeworfen worden ist, so war das gewiß nur in dem Sinne richtig, daß all ihr Dichten und Wesen das Heuchlerisch-Verlogene der wohlgepflegten Legende vom „unfranzösischen Elsaß“ rein durch die Wucht der geschilderten Verhältnisse und Tatsachen enthüllte. Tendenzlos ist keines von Marie Harts Büchern, auch das erste ihrer beiden Nachkriegsbücher nicht, das auch im Titel an Reuter erinnert: „Des unserer Franzoselei“. Aber gerade bei diesem Buche ist es vollauf verständlich, daß ihm die Franzosen mit den schärfsten Verböten zu Leibe gegangen sind. Es zeichnet die „Befreiung“ des Elsass, wie sie über unsere Heimat im November 1918 hereingebrochen ist, und die beißende Ironisierung der hohlen, unwahren Phrasen, mit denen hier ein schmutziges Geschäft verdeckt worden ist, und die brutale Gewalt, mit der ein ganzes Volk in Ausnutzung augenblicklicher Verwirrung und Hilflosigkeit um sein Selbstbestimmungsrecht betrogen worden ist, sind mit Lebenswahrheit vor uns gestellt. Dies Dokument schaffen die geschwägten Worte des Herrn Poincaré so wenig aus der Welt, wie die Ausbrüche ohnmächtigen Hasses einzelner Französlinge es verhindern konnten, daß die außer Landes Getriebene dem Herzen jeden echten heimatstollen Elsässers lieb und wert geblieben ist!

Marie Harts Schriften (die übrigens alle bei Greiner u. Pfeiffer in Stuttgart erschienen sind) geben in ihrer Gesamtheit ein Bild elsässischer Eigenart, das alle Züge aufweist und keinen gering schätzt. Da ist nichts verschwiegen, was häßlich ist, und da ist nichts überschwänglich gelobt, was nun einmal nicht lobenswert ist. Aber diese Menschen sind wahr und leben! Und das Elsaß erblüht sich hier wie in einem Spiegel. In den „Gedächtnissen und Erinnerungen aus der sechziger Jahr“ haben wir das Elsaß vor uns, wie es kurz vor 1870 war; der „Herr Merzling und sein Deechter“ führt in die seelischen Nöte der französisch aufgewachsenen Elsässer ein, die sich in die neue deutsche Zeit nicht so rasch hineinfinden konnten, und die darunter litten, daß ihre eigenen Kinder in sich ihr verschüttetes deutsches Volkstum erkannten.

Was Marie Harts Werk der Welt zu sagen hat, das ist das eine: Es ist viel gutzumachen an diesem Elsaß, an diesem elsässischen Stamme, dem die Geschichte auferlegt hat, immer und immer wieder der Siegespreis seiner großen Nachbarn zu sein! Eine Welt, die wahrhaft gerecht und wahrhaft gewissenhaft sein will, kann nicht dazu schweigen, wenn im Herzen Europas anderthalb Millionen Menschen um ihre angeborene Art gebracht werden, wenn man einem ganzen Volke aus machtpolitischen Erwägungen heraus die Seele aus dem Leibe herausreißt, wenn man Heuchelei und Scheinheiligkeit auf einem Boden züchtet, der — wie die großen (und stets deutschen!) Epochen seiner Geschichte beweisen — zu höchsten Leistungen menschlicher Kultur befähigt ist.

## Frankreich und das Saargebiet im Spiegel der Geschichte.

Von A. Meister, Professor an der Universität Münster i. W.

(Südwestdeutscher Verlag, Pasing bei München.)

Das geschichtliche Verhältnis Frankreichs zum Saargebiet von französischer Seite so oft unrichtig dargestellt worden, daß die Wahrheit nicht oft genug hervorgehoben werden kann. So ist es denn sehr dankenswert, daß ein bewährter Geschichtsforscher Professor A. Meister, auf der „Rheinischen Woche“ in Münster am 14. Juni 1922 einen aufklärenden Vortrag über diese Frage gehalten und ihn jetzt durch den Druck weiten Kreisen zugänglich gemacht hat.

Um ihre Ansprüche auf das linke Rheinufer zu begründen, schenkt sich die französische Propaganda nicht, auf die keltische Urzeit zurückzugehen. Die Kelten, die ja von den Franzosen als ihre Vorfahren betrachtet werden, bewohnten allerdings das gallische Land bis zum Rhein, aber schon zu Cäsars Zeit waren germanische Stämme über den Rhein gedrungen; nur mit ihrer Hilfe konnten die Römer die Rheingrenze gegen die überrheinischen Germanen behaupten. Zu diesem Zwecke wurden die Remeter, Wangionen und Tribolter am Oberrhein, die Ubier und die Bataver am Niederrhein als römische Hilfsvölker angesiedelt. Das Land links vom Rhein hieß damals offiziell Germania superior et inferior (Ober- und Niederdeutschland). Dann drangen im 3. Jahrhundert n. Chr. die deutschen Stämme der Franken und Alamannen über den Rhein vor und nahmen endgültig das Land in Besitz, in dem römische Kultur überhaupt nicht tief eingedrungen war. Die lateinische Sprache war jedenfalls nicht die Sprache des Volkes geworden. So verläuft denn auch die romanische Sprachgrenze weit westlich und südlich vom Saargebiet; die Sprachgrenze aber bestimmt die Ausdehnung des Bereichs, auf den ein Volk Anrecht hat. Und die Bevölkerung des Saargebietes, das seit dem Jahre 870 zum ostfränkischen oder deutschen Reiche gehörte, ist allezeit gut deutsch geblieben. In deutscher Sprache ist der Freiheitsbrief verfaßt, den der Graf Johann I. im Jahre 1321 den Bürgern von Saarbrücken und St. Johann verlieh. Ein kerndeutsches Geschlecht, das Haus Nassau, herrschte seit dem Jahre 1381 über das Land. Eine Gräfin von Saarbrücken, die aus Lothringen stammte, überlegte französische Ritterromane ins Deutsche Deutsch, ist die Sprache der Saarbrücker Urkunden und des Saarbrücker Landrechtes, ein deutsches Reichsbarleben war die Grafschaft Saarbrücken.

Wie kam es nun, daß der französische König Ludwig XIV. mit einem scheinbaren Rechtsgrunde Anspruch auf die Grafschaft Saarbrücken erhob. Im Jahre 998 hatte ein Bischof von Metz, weil die Besatzung der Königsburg Saarbrücken Gewalttätigkeiten gegen die Stifthsherren von St. Arnual begangen hatte, den jugendlichen Kaiser Otto III. um sein Seelenheil besorgt gemeint und ihn veranlaßt, die Burg Saarbrücken, den Hof Bülkingen, Quierschied und den Warndtwald dem Bistum Metz zu schenken. Diesen ausgedehnten und von dem Sitze des Bischofs weit entfernten Besitz konnten die geistlichen Herren jedoch weder selbst verteidigen, noch bewirtschaften und gaben ihn deshalb an die Grafen des Saargaus, königliche Beamten, zu Lehen, die nun auf der Burg Saarbrücken ihren Wohnsitz nahmen und sich nach dem Verfall der Gauverfassung Grafen von Saarbrücken nannten. Wir besitzen noch einen Lehnbrief des Bischofs von Metz aus dem Jahre 1475. In dieser Urkunde wurden nur die genannten Lehnstüde aufgezählt, es steht aber kein Wort von der Lehnabhängigkeit der Grafschaft Saarbrücken darin. Es war also, wie selbst französische Geschichtsschreiber anerkennen haben, „eine Rechtsbeugung im markantesten Sinne des Wortes, wenn die Reunionskammer in Metz aus der Lehnabhängigkeit der Burg Saarbrücken vom Metz-Bischof eine Unterstellung der ganzen Grafschaft unter die Oberhoheit des Königs von Frankreich forderte und die Witwe des Grafen Gustav Adolf, der im Jahre 1677 für Kaiser und Reich gegen die Franzosen kämpfend, seinen Tod gefunden hatte, im Jahre 1681 nötigte, dem König von Frankreich den Lehnseid zu schwören. Im Frieden von Ryswyk (1697) mußte denn auch Ludwig XIV. auf diesen ungerechten Anspruch verzichten und die Grafschaft Saarbrücken ihrem rechtmäßigen Besitzer zurückgeben. Fast hundert Jahre lang hat dann Frankreich gar nicht daran gedacht, Anspruch auf das Saargebiet zu erheben. Die Fürsten von Nassau-Saarbrücken lebten im besten Einvernehmen mit dem mächtigen Nachbar, der im Jahre 1766 durch die Besetzung von Lothringen seine Grenze bis an das Saargebiet vorschob. Durch friedlichen Ausgleich wurden die Grenzverhältnisse geregelt. Aber die französische Republik war nicht weniger erobrerungsfähig als der militaristische und imperialistische König Ludwig XIV. Im Jahre 1792 drangen französische Truppen in das Saargebiet ein, im nächsten Jahre mußte Fürst Ludwig von Nassau-Saarbrücken vor ihnen aus dem Lande seiner Väter flüchten, und durch die Friedensschlüsse von Campo Formio (1797) und Luneville (1801) wurde das Saargebiet, wie das linke



Rheinuser, mit Frankreich vereinigt. Diese durch den Krieg erzwungene Abtretung wurde nach Napoleons Sturz durch die Friedensschlüsse von Paris 1814 und 1815 rückgängig gemacht. Frankreich erhielt die Grenzen vom 1. Januar 1792 und mußte nur die Festungen Saarlouis und Landau an Deutschland abtreten, obwohl es länger als 20 Jahre den Frieden Europas gestört und unermessliche Opfer an Menschen und Gut von seinen Gegnern gefordert hatte. Es behielt auch das früher geraubte Reichsgut Metz, Toul und Verdun, sowie Elsass und Lothringen. Von einem geschichtlichen Rechte Frankreichs auf das Saargebiet kann sonach keine Rede sein und, französische Staatsmänner, die nach dem reichen Kohlengebiet der Saar lüstern waren, mußten deshalb bei den Verhandlungen, die zu dem Frieden von Versailles führten, zu der ungeheuerlichen Lüge von den 150000 im Saargebiet wohnenden Franzosen ihre Zuflucht nehmen, um dem leichtgläubigen Herrn Wilson seine Zustimmung zu ihren Forderungen abzupressen. Alles dies steht Professor Meister in der erwähnten Schrift klar und überzeugend auseinander, und wir empfehlen sie deshalb der Beachtung aller deutschen Bewohner und Freunde des Saargebietes.

## Verurteilte Verleumder.

Während des Wahlkampfes hatte der Richter-Kurier Ausführungen des bestellten „saarländischen Führers“ des Franzosenbundes (geistiger Leiter ist bekanntlich der französische Putzmajor Richter), des ehemaligen kgl. preussischen Einjährers Reinhard, veröffentlicht, mit denen dieser „seine Politik“ in einer Bergarbeiterversammlung in Labach zu recht fertigen versuchte. Er behauptete darin u. a., Herr Theodor Vogel habe sich Ausgang 1918, Ende 1919 wiederholt an Reinhard gewandt, der ihm behilflich sein sollte, bei der französischen Bergverwaltung Anstellung zu erhalten. Reinhard hatte diese angeblichen Bemühungen Vogels mit allem möglichen und unmöglichen Beiwerk umgeben, um sich damit im Saargebiet tödlich zu blamieren. Herr Vogel hatte in einem Schreiben an den Richter-Kurier um Richtigstellung der größten Erfindungen ersucht. Bei der lediglich auf Lüge und Verrat eingestellten Haltung des durch französische Subventionen vegetierenden Blattes war es natürlich nicht verwunderlich, daß diese Berichterstattung in dem Schmutzblatt nicht erschien. Weniger, um durch Abdruck der Berichtigung durch das Blatt selbst rehabilitiert zu werden — Reinhard und Genossen stehen auf viel zu tiefer moralischer Stufe, als daß sie einen anständigen Menschen durch ihre Anwürfe beschmutzen können — als vielmehr, um den Hintermännern zu zeigen, daß ihr Tun jedes Rechtsbegriffs bar ist, ließ Herr Vogel das Blatt durch richterliche Entscheidung zur Berichtigung zwingen. Zu dieser Angelegenheit erhielt Herr Vogel folgendes Schreiben:

Der Erste Amtsanwalt.

II 697/24

Saarbrücken, den 16. April 1924.

Herrn Theodor Vogel, Verwaltungsdirektor  
Berlin, Königgräber Straße 94.

In Verfolg Ihrer Anzeige vom 15. 2. 1924 gegen den Schriftleiter des hier erscheinenden Saarcouriers auf Aufnahme einer von Ihnen gemäß § 11 des Pressegesetzes der Zeitung übersandten Berichtigung habe ich ein Ermittlungs-Verfahren gegen den Schriftleiter Dr. Schöttler hier eingeleitet. Auf meinen Antrag ist Dr. Schöttler durch Urteil des Schöffengerichts am 5. 4. 1924 verurteilt worden zu einer Geldstrafe von 150 Tros., im Nichtbeitreibungsfalle 15 Tage Haft, sowie zur Aufnahme der von Ihnen beantragten Berichtigung. Das Urteil ist rechtskräftig geworden. Angeklagter ist der Auflage zur Aufnahme der Berichtigung nicht nachgekommen, da diese Berichtigung in der ersten nach dem 12. 4. 1924 für den Druck noch nicht abgeschlossenen Nummer des Saarcouriers erscheinen mußte.

Es bleibt Ihnen nunmehr überlassen, durch Stellung eines erneuten Antrages bei mir dem Verfahren weiteren Fortgang zu geben wegen Nichtbefolgung der Auflage des angezogenen Urteils.

J. B.: Porz.

Ohne jedoch weitere Schritte abzuwarten, veröffentlichte das Schmutzblatt die Berichtigung, nahm dabei aber erneut Veranlassung, seine Lügenbehauptungen zu wiederholen. Es beruft sich dabei ausdrücklich auf „Ehren“-Reinhard, womit er im Saargebiet öffentlich den Beweis erbringt, daß er ein infamer Lügner und Verleumder ist, dessen ganze „politische“ Betätigung sich auf Lügen, Erfindungen und französische Schmiergelder

aufbaut, die er dazu verwendet, um sein ehemaliges deutsches Vaterland zu verraten. Heute gehört er zu den Gesellen, die nach getaner Schuldigkeit den verdienten Eselstritt erhalten. Es lohnt sich wirklich nicht, sich mit solchem Gesichter näher zu befassen, deren lichtscheues Treiben infolge Brotneid zu kurz gekommenen Gefinnungslumpen sehr bald eine recht grelle Beleuchtung erfahren dürfte.

## Wie das Saarbundgelichter arbeitet.

Im „Saarnappen“ Nr. 17 vom 26. April ist zu lesen: „Vor einiger Zeit gaben wir eine Entschliebung der Sektion St. Ingbert des Saarbundes bekannt, die den Gipfel unerschämter Anmaßung darstellt. Wir sind gespannt, ob die Bergwerksdirektion, die immer wieder erklärt, nichts mit dieser Gesellschaft zu tun zu haben, die gestellten „Ultimatums“ erfüllt. Was übrigens von den Behauptungen der Bergwerksdirektion zu halten ist, lehrt uns das Verhalten des Ingenieurs der Grube Büttlingen, der sowohl mit „Hochdruck“ den Saarbund wie auch die französische Volksschule zu fördern sucht. Steigern, die nicht gesonnen sind, sich dem Saarbund zu verschreiben, drohte er, daß „sie dann geköpft“ würden. Tatsächlich ist auch eine Anzahl rüdgatfester Beamter so verlegt worden, daß sie — weil ein Wohnungswechsel unmöglich ist — zwei bis drei Stunden Anmarsch zur neuen Arbeitsstelle haben. Damit will man die Beamten fette und für den Eintritt in den Saarbund gefügig machen. Es muß doch jämmerlich um ein Gebilde bestellt sein, das mit solchen Mitteln arbeiten muß, seine Reihen und seine Kassen zu füllen. Aber mit noch anderen Methoden sucht man Mitglieder zu „werben“, gemäß dem „liberalen und demokratischen“ Geiste, der in der Saargrubenverwaltung herrschen soll. Saarbundssteiger und Jahrsteiger verschiden an Kameraden Aufnahmezettel für den Saarbund, worauf der Name des betr. Kameraden schon verzeichnet steht. Die Ueberbringer richten dann noch eine schöne Empfehlung von dem Saarbundagitor aus, die gewöhnlich noch mit nicht mißzuverstehenden „guten Ratschlägen“ verbunden wird. Davon verspricht man sich nämlich die meiste Wirkung; nicht von der Ueberzeugung der Angegangenen. Hierbei sucht man sich mit Vorliebe solche Kameraden aus, die wegen irgendeinem Gebrechen eine leichtere Arbeit zu verrichten haben. Warum das geschieht, bedarf keiner näheren Erläuterung. Die Zustellung des Aufnahmezettes für den Saarbund nebst den „Ratschlägen“ soll dem Kameraden sagen: „Gehst du nicht in den Saarbund, dann kommst du von deiner jetzigen Arbeitsstelle weg.“ Eine verwerfliche Methode, die allerdings des Saarbundes würdig ist. Er muß geächtet bleiben!“

## Passvorschriften für das besetzte Gebiet.

Die Handelskammer zu Saarbrücken teilt mit: Die Interalliierte Rheinlandkommission hat soeben eine Verordnung Nr. 256 zur Zusammenfassung und Abänderung der früher erlassenen Verordnungen, betreffend die Einreise, den Verkehr und den Aufenthalt der Personen in den besetzten Gebieten erlassen. Um Anzuträglichkeiten, wie sie im Reiseverkehr mit dem Saargebiet infolge nicht genügender Kenntnis der Vorschriften der Interalliierten Rheinlandkommission in den letzten Monaten zu verzeichnen waren, endgültig zu verhüten, seien nachstehend die wichtigsten Bestimmungen der Ordonnanz 256 hinsichtlich des Verkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Deutschland mitgeteilt:

Nach Artikel 1 der Verordnung müssen alle in den besetzten Gebieten ständig wohnenden Personen über sechzehn Jahre, gleichviel welcher Nationalität sie angehören, im Besitze eines mit einem Lichtbild und dem Vermerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Personalausweises sein.

Nach Artikel 2 können alle diese Personen, die im Besitze ihres Personalausweises sind, unbehindert zwischen den besetzten Gebieten und dem unbesetzten Deutschland verkehren. Vorbehaltlich von Sonderbestimmungen für Bewohner der unbesetzten Grenzkreise dürfen ferner alle im unbesetzten Deutschland wohnhaften deutschen Staatsangehörigen, die das 16. Lebensjahr überschritten haben, sowie alle deutschen Staatsangehörigen, die ihren ständigen Wohnsitz nicht im besetzten Gebiet haben und von einem außerdeutschen Lande kommen, die besetzten Gebiete nur betreten oder sich darin aufhalten, wenn sie im Besitze eines gemäß der vorliegenden Verordnung ausgestellten Ausweises sind, der von dem Oberbelegierten eines der zum entsprechenden Besatzungsgebiet gehörigen Bezirke ausgestellt wird, nach dem diese Personen sich bewegen wollen. Jeder Ausweis hat für das ganze Armeebesatzungsgebiet, in welchem er ausgestellt worden ist, Gültigkeit.

Diesenigen Personen, die mit der Bahn eine ununterbrochene Fahrt vom unbesetzten Deutschland nach einem Grenzlande durch das besetzte Gebiet oder umgekehrt zurücklegen, sind vom Ausweis befreit, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß sie sich bei ihrem Eintritt in das besetzte Gebiet auf ihren Paß oder ihren Personalausweis von der Kontrollbehörde einen für die Dauer von



24 Stunden gültigen Datumstempel aufdrücken lassen. Dieser Stempel berechtigt den Inhaber nicht zum Verlassen der im besetzten Gebiete liegenden Bahnhöfe.

Die ausgestellten Ausweise oder erteilten Visa können keinesfalls als ordnungsmäßig visierte Nationalpässe für die Einreise in das Gebiet eines angrenzenden Staates angesehen werden.

Nach Artikel 3 müssen die Anträge auf Erteilung von Gesellschaftscheiden von den Beteiligten schriftlich und unmittelbar an den Oberbelegten gerichtet werden.

In besonders dringenden Fällen jedoch und ausnahmsweise können Bewohner der besetzten Gebiete für Zureisen von Personen aus dem unbesetzten Deutschland an deren Stelle bei dem Delegierten der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission in dem Kreise ihres Wohnsitzes einen diesbezüglichen Antrag stellen.

Der Antrag auf Ausstellung eines Gesellschaftscheines muß enthalten:

- a) Zweck der Reise bzw. Reisen,
- b) ungefähres Datum des Beginnes und der Beendigung des bzw. der beabsichtigten Aufenthalte in den besetzten Gebieten,
- c) Ort der Ein- bzw. Ausreise sowie die vorgesehene Fahrstraße,
- d) Name und Anschrift der Leute, bei denen der Antragsteller zu wohnen beabsichtigt oder die in der Lage sind, Auskunft über ihn zu erteilen.

Dem Antrage sind ein Personalausweis, eine Aufenthaltsbescheinigung, sowie zwei Lichtbilder und die erforderlichen Briefmarken für das Antwortschreiben beizulegen.

Aus vorstehenden Bestimmungen geht hervor, daß für Personen, die aus dem unbesetzten Deutschland nach dem Saargebiet mit der Bahn zu reisen wünschen, lediglich der für die Dauer von 24 Stunden gültige Datumstempel erforderlich ist, der bei Eintritt in das besetzte Gebiet erwirkt werden muß. Unklar bleibt jedoch einstweilen noch, welche Regelung für solche aus dem unbesetzten Deutschland kommenden Personen Platz greift, die sich auf dem Landwege, beispielsweise per Kraftwagen, durch das besetzte Gebiet nach dem Saargebiet begeben wollen. Die Handelskammer wird für eine baldmögliche Klärung dieser Frage besorgt sein.

Aus den weiteren Bestimmungen der Verordnung ist zu entnehmen, daß Saarländer zur Einreise in das besetzte Gebiet lediglich ihres roten Personalausweises oder des Reisepasses bedürfen. Der Paß muß aber binnen zwei Tagen nach Eintreffen des Paßinhabers in den besetzten Gebieten durch die zuständige deutsche Ortsbehörde mit einem Sichtvermerk versehen werden.

#### Der Paßtribut der Franzosen.

Mitten durch deutsches Gebiet geht die Paß- und Zollgrenze, für deren Ueberschreitung die Franzosen ihren Tribut erheben. Nach Angabe des französischen Nachrichtenblattes sind in der Woche vom 29. März bis 6. April für Ausreise 1 264 799,25 M und für Einreise 507 910,25 M erpreßt worden. Ueber 1 Million 760 000 Goldmark innerhalb sieben Tagen von dem ohnehin schon so bedrückten Volk an Rhein und Ruhr für die Erlaubnis von Frankreichs Gnaden, einmal den franken Bruder, den sterbenden Vater oder sonst jemand an der andern Seite der willkürlich gezogenen Grenze besuchen zu können!

### Erschwerende Bestimmungen für die Verladung von Waren ins Saargebiet.

Die Industrie- und Handelskammer für Köln teilt mit, daß seit dem 1. Mai die Erteilung von Bestimmungsausweisen für Sendungen nach dem Saargebiet strenger gehandhabt werde. Es gelten folgende, am 27. März von der Regierungskommission veröffentlichte Richtlinien:

1. Es soll keine deutsche Ware, die eines Bestimmungsausweises bedarf, verschickt werden, bevor der Bestimmungsausweis tatsächlich erteilt ist.
2. Ab 1. Mai 1924 wird das Ein- und Ausfuhramt grundsätzlich jeden Antrag auf Bestimmungsausweise für deutsche Waren, die schon im Saargebiet eingetroffen sind, ablehnen.
3. Um jede Verzögerung zu vermeiden, hat der Absender in dem die Sendung begleitenden Frachtbriefe in die Spalte „Erklärungen über die zollamtliche Behandlung“ die Nummer des Bestimmungsausweises und daneben die Warenbezeichnung des Eingangszollamtes des Saargebietes einzutragen.

4. Bei Sendungen, die eines Bestimmungsausweises nicht bedürfen, soll dies, um Verwechslungen und Verzögerungen zu vermeiden, im Frachtbrief besonders vermerkt werden.

5. Für Postpakete muß die Nummer des Bestimmungsausweises gleichzeitig auf der Begleitadresse, auf der Zolldeklaration Modell C und auf der Adresse des Paketes vermerkt werden.

6. Wenn nicht innerhalb von 11 Tagen nach Abendung der Ankunftsbenachrichtigung von dem Empfänger die für die freie Einfuhr nötigen Unterlagen dem Zollamt vorgelegt werden, oder die Ware verzollt, oder an den Absender auf Verlangen des Empfängers zurückerstattet wird, so wird ein Beschlagnahme- und Versteigerungsverfahren über die betreffenden Waren eingeleitet. Von dem hierbei erzielten Erlös werden alle auf der Sendung ruhenden bis zum Tage des Verkaufs entstandenen Kosten für Transport, Lagergeld, Standgeld, Unterhaltungskosten usw. vorweg abgezogen.

Von saarländischen Handels- und Wirtschaftskreisen ist in wiederholten Eingaben darauf hingewiesen worden, daß die zollpolitische Abschirmung des Saargebietes von Deutschland zu den schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen führen müßte. Derartige Einwände haben weder von Seiten der Regierungs-Kommission noch von Seiten des Völkerbundes auch nur die geringste Beobachtung gefunden. Am 10. Januar 1925 wird die Zollgrenze gegen Deutschland geschlossen; das Versailler Diktat sieht diese Regelung vor und da sie im Interesse Frankreichs liegt, wird die Bestimmung auf den Buchstaben genau angewandt. Dasselbe Diktat sieht die Befreiung des Saargebietes von jeglicher Besetzung vor — diese Bestimmung wird nicht durchgeführt, weil die Belassung des französischen Militärs zum Schaden der Saargebietsbevölkerung ebenfalls im Interesse Frankreichs liegt. Beide Auslegungen — Anwendung und Mißachtung von Bestimmungen — erfolgen im Namen des Völkerbundes!

### Das mißachtete Arbeiterrecht im „Arbeiter-Staat“ an der Saar.

Nachdem im Laufe der letzten Wochen die Führer der christlichen Gewerkschaften wiederholt bei einzelnen Mitgliedern der Regierungskommission vorgesprochen hatten, wurde jetzt vom Landesauschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Saargebiet eine besondere Eingabe an das Generalsekretariat der Regierungskommission sowie die einzelnen Mitglieder derselben gerichtet. In der Eingabe sind die dringendsten Wünsche und Forderungen, auf deren baldige Erfüllung die saarländische Arbeitnehmerschaft rechnet, ausführlich unterbreitet. Vor allen Dingen wird die Aufhebung der sogenannten Anti-Streikverordnung vom 2. Mai 1923 gefordert, die in der Tat ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter darstellt. Sie schränkt das Koalitionsrecht, für das die Arbeiter jahrzehntelang gekämpft haben, in erheblichem Maße ein. Wie in der Denkschrift ausgeführt wird, erblickt die saarländische Arbeiterschaft in dieser Verordnung neben der Einschränkung ihrer Rechte auch eine Beleidigung. Um die zwischen Unternehmern und Arbeitern hervortretenden wirtschaftlichen Gegenstände nach Möglichkeit auszugleichen und bei Differenzen Wege zur Verständigung zu finden, wird eine auf paritätischer Grundlage zusammengesetzte Arbeitskammer vorgeschlagen. Desgleichen sollen die gegenwärtig unzulänglichen Schlichtungsausschüsse, die während des Krieges entstanden und nur auf die Bedürfnisse dieser Zeit zugeschnitten waren, weiter ausgebaut werden. Als geeignete Grundlage zur Neuordnung des Schlichtungswezens werden die Reichsverordnungen vom 28. 12. 18 sowie die vom 30. 10. und 29. 12. 23 angeführt. Weiter wird die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages und der Betriebsvertretungen verlangt. Was die letztere angeht, so ergibt sich, daß die im Saargebiet bestehenden Arbeiterausschüsse noch auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst tätig sind, was dadurch zu erklären ist, daß die gesamten sozialpolitischen Neuerungen der deutschen Republik im Saargebiet bisher keine Nachahmung gefunden haben. Im Saargebiet ist ein vollkommener sozialpolitischer Stillstand festzustellen. Im Bergbau fehlen Angestelltenausschüsse vornehmlich. Von der Regierungskommission wird deshalb eine Vorlage verlangt, durch die die Betriebsvertretung der Arbeiter und Angestellten in geheimer Weise geregelt wird. Zum Schluß verlangen die Gewerkschaften eine Verwirklichung der seitigen Arbeitslosenunterstützung, die für einen verheirateten Arbeiter mit zwei Kindern 3,40 Mks. pro Tag beträgt, sowie die Beschaffung von Kredit zur Erstellung der Arbeiterwohnungen.



## Kleine Tageschronik.

**Saarbrücken.** Die Frage der gesetzlichen Feiertage ist nunmehr gelöst. Die früheren Feiertage bleiben bestehen. Insbesondere behalten die Pfälzer Katholiken ihren Maria Himmelfahrtstag auf den 15. August. Ebenso bleibt der Buß- und Betttag mit Rücksicht auf den evangelischen Volksteil als gesetzlicher Feiertag bestehen. Zwei Feiertage werden jedoch als allgemein gesetzliche Feiertage anerkannt: der Fronleichnamstag und Karfreitag. Mit dieser Lösung wird die Saarbevölkerung zufrieden sein. — Die Leuzungszahl für die Stadt Saarbrücken ist, nach Mitteilung der städtischen Preisprüfungsstelle, für den Monat April 1924 ohne die Kosten für die Bekleidung mit 445, und einschließlich der Kosten für die Bekleidung mit 524 errechnet worden. Die Indeziffer beträgt 849 ohne, und 388 mit Bekleidung. — Der Kanterpöller Wilt. Dauer, hier Neugrabenweg wohnhaft, hantierte mit einem Armeerevolver und da dieser verlagte, wollte er sich in den Hof begeben, um denselben einen Schuß abzugeben. Als er zur Türe hinaus ging, betrat sein 28 Jahre alter Sohn Alexander das Zimmer. In diesem Augenblick krachte ein Schuß und der Sohn stürzte zusammen. Die Kugel war ihm in den Unterleib gedrungen. Er wurde sofort in das evangelische Krankenhaus gebracht, woselbst er nach seiner Entlieferung verstarb. Der Verunglückte war verheiratet und hinterläßt zwei unmündige Kinder. — Von einem Auto überfahren und getötet wurde ein Eisenbahnsekretär.

Die evangelischen Vereine St. Arnolds hatten den hier weilenden Ferient Kindern nebst ihren Pflegeeltern im Garten der Wirtschaft Karl Fried ein Abschiedsfest bereitet, wozu aus der Bürgerschaft und Geschäftswelt reiche Spenden an Kuchen, Schokolade, Würstchen und dergleichen eingingen. Nachdem ausgiebig Kaffee getrunken war, wurden die Kinder, die aus Hamburg, Hannover und Mannheim stammen, in verschiedenen schönen Ansprachen ermahnt, unser schönes Saargebiet als deutsches Gebiet und ihre Pflegeeltern als deutschempfindende Menschen in Erinnerung zu behalten; dem sollte auch das gemeinsam gesungene „Ich hab' mich ergeben“ Ausdruck verleihen. Sodann mußten die kleinen Gäste sich die gestifteten Herrlichkeiten durch Klettern, Sadlaufen und Wurfschnappen erringen, was einen solchen Jubel und Trubel anrichtete, daß sich sowohl die Spender als auch diejenigen, die sich um das gute Gelingen des Festes bemüht hatten, reichlich belohnt fühlen konnten.

**Bredach.** Der Hüttenarbeiter Ferdinand Kiefer von Hedingen kam mit seinem Fahrrad der Straßenbahn zu nahe, so daß er auf die Seite geworfen wurde und sich schwere Verletzungen zuzog. Noch in derselben Nacht starb er im Krankenhaus. Der Getötete ist Vater mehrerer Kinder.

**Bödingen.** Ein schreckliches Unglück ereignete sich auf dem hiesigen Bahnhof. Auf den Geleisen fand man die in zwei Stücke geschnittene Leiche des 52 Jahre alten verheirateten Rangiermeisters Georg Marx von hier. Wie der Unfall sich ereignete, konnte nicht festgestellt werden, da Zeugen des Vorfalles nicht vorhanden sind. — Die neuen Kirchenglocken für die katholische Pfarrkirche sind endlich nach wochenlanger Reise hier angekommen. Die feierliche Weihe fand kürzlich statt. Die neuen Glocken sind von der Firma Otto in Hemelingen bei Bremen geliefert.

**Wehrden.** Drei Herren aus Wehrden haben sich entschlossen, eine Weltreise per Fahrrad anzutreten. Die Reise selbst, die in allernächster Zeit stattfindet, stellt etwas ganz neues auf diesem Gebiete dar.

**Pachten.** Unter Teilnahme der gesamten Einwohnerschaft, vieler Eingeladenen und auswärtiger Gäste fand die feierliche Einweihung eines Hochkreuzes und Ehrenmales für die Gefallenen statt. Standort ist der neue Friedhof. Das Denkmal ist kunstvoll von einem Mayener Meister aus dortigem Basalt gemeißelt, einem bekannten weiterbeständigen Stein, der dauernd ist als Erz. Das herrliche Denkmal ist ehrend für die 84 Gefallenen, ehrend für die Gemeinde, die ihren Helden dieses schöne Denkmal gesetzt hat.

**Mettlach.** Die seit dem 11. Jahrhundert bestehende Salzquelle ist durch eine weitere Quelle erweitert worden. Zurzeit sind neue Bohrungen in Arbeit, eine starke Mineralquelle ist aufgeschlossen worden. Wie man hört, soll das Mineralwasser in den Verkehr gebracht werden. — Wie verlautet, hat die Verwaltung der Burg Montclair beschlossen, ein eisernes Gitter um die ganze Ruine anzulegen, damit den an dieser Stelle schon öfters gerügten Zerstörungen durch Besucher Einhalt getan werde. Die Zerstörungswut hatte derartige Folgen, daß man jetzt Aufräumarbeiten vornehmen muß.

**Mittelbergbach.** Alle alten Knappen, ungefähr 70, aus der ganzen Umgegend hatten sich an einem der letzten Sonntage

wieder zusammengefunden zu einem gemeinsamen Spaziergang in den nahen Wald, wo sich die alten Leute ein schönes Gruppenbild machen ließen, das für sie ein stetes Andenken sein wird an alte Kameraden, mit denen sie einst tief in der Erde Schatz gearbeitet

## Das Reich und das Saargebiet.

**Erweiterte Gebührenerleichterung für minderbemittelte Studenten.** Wie wir erfahren, hat das preussische Kultusministerium die für den Erlaß der Hochschulgebühren zur Verfügung stehenden Mittel erhöht, so daß in diesem Semester 20 v. H. aller Studierenden ganz oder zur Hälfte von den Gebühren befreit werden können. Gleichzeitig ist angeordnet worden, daß die Hochschulgebühren an den Universitäten in zwei Raten und an den Technischen Hochschulen usw. in drei Raten bezahlt werden können. — Diese Erleichterungen beziehen sich selbstverständlich auch auf Studenten aus dem Saargebiet.

## Personalnachrichten.

**General der Kavallerie von Mohner,** während des Krieges stellvert. Kommandierender General des 21. Armee Korps, feierte am 1. Mai sein 60jähriges Militärjubiläum. Am 16. Februar 1846 in Berlin geboren trat er am 1. Mai 1864 in das Rgl. Husarenregiment erstes rheinisches Nr. 7 in Bonn ein. Er erwarb sich im 68er Kriege den Roten Adlerorden mit Schwertern und im 70er Krieg das Eisene Kreuz 1. Klasse. 1891 wurde er Kommandeur des Leibgardehusarenregiments in Potsdam, in welcher Stellung er im Jahre 1892 zum Flügeladjutanten des Kaisers ernannt wurde. Im Jahre 1901 wurde er Kommandeur der 30. Division in Straßburg, 1903 Gouverneur von Straßburg. Er gehörte auch der 1. Kammer von Elsaß-Lothringen an. Am 13. Januar 1910 trat er in den Ruhestand über.

**Prof. Dr. Diellen,** leitender Arzt der inneren Abteilung des Landeskrankenhauses zu Homburg, wurde gelegentlich des in Berlin tagenden Röntgenologenkongresses zum ersten Vorkandidaten des deutschen röntgenologischen Kongresses für 1925 gewählt.

**Aus den Kommunalverwaltungen.** Gerichtsassessor Karl Roth in Ottweiler wurde mit der Verwaltung der Regierungsratsstelle beim Landratsamt Ottweiler beauftragt. — Obersekretär Wilhelm Gerhartz in Jülingen wurde zum Standesbeamten für den Bezirk Merxweiler ernannt.

**Schulpersonalien.** Laut Amtsblatt ist der komm. Kreisschulrat Valerius mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 zum Kreisschuldirektor, und die komm. Kreisschulräte Kesch, Steg und Thiel zu Kreisschulräten zum gleichen Zeitpunkt ernannt worden.

**Intendant Martin nach Cresfeld berufen.** Der bisherige Intendant des Saarbrücker Stadttheaters ist nach einer Meldung aus Cresfeld zum Intendanten des Cresfelder Stadttheaters gewählt worden. Die Wahl Martins erfolgte einstimmig, nachdem der Kölner Oberspielleiter Dr. Otto Viebicher in letzter Stunde seine Bewerbung zurückgezogen hatte und Martin somit einziger Bewerber geblieben war. Das Scheitern dieses hochbefähigten Intendanten bedeutet für Saarbrücken sicher einen empfindlichen Verlust.

**Dienst- und Arbeitsjubiläen.** Auf eine fünfzigjährige Tätigkeit auf dem Neunkircher Eisenwerk konnte zu Anfang Mai der Vorarbeiter August Günther in Neunkirchen zurückblicken. — Sein 25jähriges Jubiläum im Dienste der Firma B. Seibert, G. m. b. H., Eisenhoch- und Brückenbauwerke in Saarbrücken, beging der kaufmännische Direktor Herr Otto Becker. Der Jubilar trat am 1. Mai 1899 in den Betrieb des Gründers der Firma Herrn Bernhard Seibert ein, bei der Umstellung der Firma in eine G. m. b. H. wurde ihm der Posten des kaufmännischen Direktors übertragen.

**Das Fest der goldenen Hochzeit** feierten am 2. Mai die Eheleute Johann Hens pens. Hüttenarbeiter und Magdalena geb. Hens in Fürstenaufen. Die Eheleute sind 1845 bzw. 1853 zu Essingen, Kreis Daun, geboren und sind seit 1896 in Fürstenaufen ansässig.

Auf ein 60jähriges Handwerkerjubiläum kann Bädermeister Ban der Werth in Merzig zurückblicken. Der 75jährige Jubilar ist noch ziemlich rüstig und täglich noch in seinem Handwerk tätig. Der Bäderverband überreichte ihm eine Ehrenurkunde.



### Kirchliche Personalien.

Beförderungen. Der Pfarrer von Neunkirchen Johann Hermann zum Definitor (1. Definition) des Dekanates Daun; der Pfarrer von Lebach Johann Dahmen zum 2. Definitor (2. Definition) des Dekanates Dillingen; der Pfarrer von Baumholder Joseph Pfeiffer zum 2. Definitor (3. Definition) des Dekanates St. Wendel; der Pfarrer von Neunkirchen Martin Schunt zum Definitor des Dekanates Birkenfeld. — Es wurde ernannt: Der Pfarrer von Spiesen Johann Schneider als Pfarrer von Klein-Blittersdorf. — Es wurde übertragen die Verwaltung von Humes dem Pfarrer von Wiesbach Jakob Schäfer; Mondorf dem Pfarrer von Büdingen Jakob Reck; Biegen dem Pfarrer von Bedingen Definitor Matthias Flesch.

### Aus den Gemeindeverwaltungen.

Bürgermeister Ludwig in Neunkirchen, der nunmehr 40 Jahre an der Spitze der Verwaltung von Neunkirchen steht, hat einen längeren Erholungsurlaub angetreten. Der 67jährige Beamte, unter dessen Führung Neunkirchen einen gewaltigen Aufschwung genommen hat, soll wegen seines Gesundheitszustandes sich mit dem Gedanken tragen, im Herbst an den Ruhestand zu treten.

### Verkehr.

**Bierundzwanzigstundenzählung auf den Saarbahnen.** Am 1. Juni tritt der Wechsel zwischen dem Winter- und Sommerfahrplan ein. Diese Gelegenheit benutzte die Eisenbahnverwaltung, um die Bierundzwanzigstundenzählung auch auf den Bahnen des Saargebietes einzuführen. Ein großer Teil der Eisenbahnverwaltungen hat die Bierundzwanzigstundenzählung schon längere Zeit eingeführt, und alle übrigen beteiligten Eisenbahnverwaltungen (auch die deutsche) haben ihrer Einführung im Zugverkehr im Prinzip zugestimmt, so daß sie im Eisenbahnbetrieb, wenn vielleicht auch noch nicht am 1. Juni, so doch in absehbarer Zeit, allgemein zu erwarten steht. Die Zeitrechnung wird von Mitternacht zu Mitternacht durchgeführt, und zwar derart, daß in den Fahrplänen die Ankunftszeit der Züge um Mitternacht (bis 12 Uhr) mit 24.00 und die Abfahrtszeit der Züge um diese Stunde mit 0.00 dargestellt werden.

## Ewig deutsch bleibt Rhein, Saar, und Ruhr.

Melodie: Deutschland, Deutschland über alles.

Ernst Bouveret.

1. Zu der ganzen Welt laßt singen:  
Ewig deutsch bleibt Rhein und Ruhr.  
Wo noch deutsche Zungen klingen,  
Spricht das Herz den heil'gen Schwur:  
Deutschland darf nicht untergehen,  
Einig soll es ewig sein,  
Und die Welt wird wieder sehen  
Stolz und frei den deutschen Rhein.
2. Und du reiches Land der Kohlen,  
Deutsches Land an deutscher Saar,  
Wollen dich die Feinde holen,  
Bleibe treu dem deutschen Aar!  
Nur die Treue wird sich lohnen,  
Baut darauf als Unterpand,  
Ohne Saarland, ohne Kohlen  
Blüht kein deutsches Vaterland.
3. Harret aus drum, deutsche Brüder,  
Lebt ihr auch in „fremdem“ Land,  
Einstmals grüßt die Sonn' euch wieder  
Froh im alten Vaterland.  
Diese Hoffnung fort sich erbe  
Von Geschlecht zu Geschlecht —  
Deutschland, Deutschland nie verderbe,  
Stolz im Unglück, stark im Recht.

## Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

### Zum Leipziger Bundestag.

Wie wir soeben erfahren, hat das sächsische Innenministerium dem Vorsitzenden des Saar- und Pfalzvereins in Leipzig, Ingenieur Sester mitgeteilt, daß die große Saar- und Pfalzkundgebung am Sonntag, dem 25. Mai, vormittags 10½ Uhr, am Völkerschlachtdenkmal behördlich genehmigt wurde. Der vorgesehene geschlossene Rückmarsch in die Stadt wird jedoch aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht stattfinden. Bekanntlich hat Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, die Hauptrede am Völkerschlachtdenkmal übernommen. Verschiedene behördliche Stellen, darunter der preussische Ministerpräsident und das badische Staatsministerium haben in besonderen Schreiben bereits zum Ausdruck gebracht, daß sie mit lebhafter Anteilnahme dem Verlauf der Tagung folgen und die Veranstaltung im Interesse des Saargebietes besten Erfolg wünschen. Die Zahl der Anmeldungen seitens der Ortsgruppen ist bis zur Stunde wider Erwarten stark.

Die bestellten Zimmer sind auf dem Bahnhof im Empfangsraum oder im Künstlerhause, Boßestraße, zu erstagen.

Einen Saar-Unterhaltungsabend veranstaltete die Berliner Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“ am 28. April, abends um 8 Uhr, im Ruchelsaal des Weinhauses Rheingold, der einen in jeder Beziehung schönen Verlauf nahm. Der Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe, Direktor Felt, gab in seiner begrüßenden Einführungsrede seiner Freude darüber Ausdruck, daß nach langer Zeit die erste derartige Abendunterhaltung, sich eines so schönen Besuches zu erfreuen habe. Er erwartet, daß durch solche Unterhaltungsabende die in Berlin wohnenden Landsleute und Freunde des Saargebietes einander näher gebracht werden, um dadurch noch erfolgreicher als bisher sich in den Dienst zur Deutscherhaltung des Saargebietes stellen zu können. Mit dem Saarfängergruß und einem schönen Saarlied eröffnete das Berliner Männerquartett den Unterhaltungsabend. Sodann richtete der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel, einige Worte an die Erschienenen, indem er seiner Genugtuung darüber Ausdruck gab, daß ein Altessäßer, ein Vertreter des echten deutschen Elßasses, Dr. Ernst Berlin, in einem Lichtbildervortrag über „Unser Elßaß, der Nachbar des deutschen Saargebietes“ die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Elßaß und Saargebiet betonen werde. Er beklagte es, daß man im großen ganzen im deutschen Volke das deutsche Elßaß-Lothringen schon so gut wie ausgeblendet und vergessen habe, den getreuen deutschen Nachbar des Saargebietes, dessen deutsche Art durch die tausendjährige Geschichte genügend dargetan sei. Er erinnerte daran, daß das Wesen des Deutsch-Lothringers und Elßäfers mit dem Wesen des Saarländers und Pfälzers sehr viel gemein habe und daß man gerade im Saargebiet stets treue Nachbarschaft zu dem deutschen Lothringen und dem deutschen Elßaß gehalten habe. Er (Redner) gehöre zu jenen deutschen Männern, für die das unterschriebene Friedensbündel von Versailles, welches man uns aufzwang, keine Rechtsverbindlichkeit besitze, und aus diesem Grunde stehe er auf dem Standpunkte, daß uns alles wieder werden müsse und daß wir vor allen Dingen Elßaß-Lothringen wieder haben müßten.

Dr. Ernst ergriff darauf das Wort zu seinem Lichtbildervortrag, um nach kurzen geschichtlichen und geographischen Erklärungen die zahlreichen Zuhörer im Geiste durch Lothringen und durch das wundervolle Elßaß zu führen. Die fesselnden Ausführungen brachten immer wieder neue Beweise für den urdeutschen Charakter des elßassischen Landes und des elßassischen Volkes. Mit besonderem Stolz hob Redner hervor, daß es gerade die Altessäßer seien, die die zuverlässigsten Träger des deutschen Gedankens darstellten. Wehmütige Erinnerungen riefen bei vielen, die die herrlichen Vogesen und das wunderschöne Elßasser Ländchen persönlich kennen, die wohlgelungenen Lichtbilder hervor. Mit spannender Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den hochinteressanten Ausführungen, und den Vortragenden belohnte nach seinen fast 1½stündigen Ausführungen stürmischer Beifall der Erschienenen. Der Vorsitzende, Direktor Felt, sprach Herrn Dr. Ernst seinen ganz besonderen Dank für den vortrefflichen Vortrag aus. Nach dem Vortrag sang das Berliner Männerquartett nach der bekannten Melodie des schönen Liedes „O Strahburg, o Strahburg, du wunderschöne Stadt“ folgende tief ergreifende Strophen:

„Berraten, erschlagen, viel Hunderttausend tot,  
Auf Strahburg weisse Fahnen verhöhnend deutsche Not,  
Lacht flattern, lacht wehen und lacht auch unser Glück,  
O Strahburg, unser Strahburg, o lehr' zu uns zurück.“



Schöne Saarheimatlleder, Lieder vom Rhein, der Mosel und der Pfalz des vortrefflichen Männerquartetts sowie kleinere Vorträge trugen zur weiteren Unterhaltung bei. Allgemein wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Berliner Ortsgruppe noch recht oft zu derartigen Veranstaltungen einladen möchte.

Rhein, Ruhr und Saar unter Fremdherrschaft. Der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ in Leipzig veranstaltete am 7. Mai im Leipziger Christlichen Vereinshaus einen Vortragsabend über die Fremdherrschaft im Rhein-, Ruhr- und Saargebiet. Einleitend umriß Frau Geheimrat Rabe die erweiterten Aufgaben des V. d. A. Hatte sich der Verein vor dem unglücklichen Ausgang des Krieges nur dem Schutz des Deutschtums im Ausland zu widmen brauchen, so gilt seine Tätigkeit jetzt auch den bedrängten Schwestern und Brüdern im besetzten Gebiet. Als Redner war Verwaltungsdirektor Vogel vom „Saar-Verein“ in Berlin gewonnen worden. In einundeinhalbstündigen fesselnden Ausführungen zeichnete er ein Bild von der Not der Deutschen im besetzten Gebiet und von ihrer Treue. Er knüpfte an das Wort des Reichsfanzlers Marx an, daß man die Menschen um so veränderter findet, je näher man dem besetzten Gebiet kommt. Der Kampf um das Deutschtum läßt dort die Zwistigkeiten zurücktreten, die im unbesetzten Gebiet vielfach den ganzen Inhalt des politischen Lebens ausmachen. An der Hand einiger Beispiele führte der Redner aus, daß nur die innere Uneinigkeit und das verräterische Treiben von Deutschen den schweren Sturz und die Annahme des Versailler Vertrages verschuldet hätten. Der Redner schilderte dann die Versuche der Franzosen, unter Herbeiführung gemeinsamer politischer und religiöser Ideale (Demokratie und Katholizismus), die Bewohner des besetzten Gebietes Deutschland zu entfremden und sollte den Bischöfen von Trier, Aachen und Bormwasser, seine Anerkennung für ihr mannhaftes Auftreten gegen den Mißbrauch der Religion zu schmutziger Französerpolitik. Zur Erörterung der „schärferen Methoden der Befehrung“ übergehend, erinnerte Herr Vogel an die schmerzliche Schmach und die brutale, jeder Vernunft bare Justizverwaltung, der bereits 1800 Deutsche zum Opfer gefallen seien. Die Fremdherrschaft sei im Saargebiet besonders drückend, da sich Frankreich dort auch in den Besitz der wirtschaftlichen Macht gesetzt habe. Der Besitz der Gruben ermöglicht ihnen, französische Kapitalbeteiligung an deutschen Industrieunternehmungen zu erzwingen. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag, der in einem freudigen Bekenntnis zum Deutschtum ausklang, wies der Vorsitzende des Saar-Pfalz-Vereins in Leipzig, Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“, Ingenieur Seeßter auf die geplante große Deutsche Tagung hin, auf der Pfälzer und Saarländer vor dem Völkerschlag-Denkmal dem deutschen Vaterland den Treueschwur leisten wollen. — Auf Veranlassung des Vereins für das Deutschtum im Ausland hielt Verwaltungsdirektor Vogel an drei Tagen vor den Schülern verschiedener höherer Lehranstalten Vorträge über „Das deutsche Saargebiet unter der französischen Fremdherrschaft“. Mit größter Aufmerksamkeit folgten die Schüler seinen Schilderungen, die er an der Hand von vielen Beispielen illustrierte. Einen besonderen Abschluß fand dieser Vortragszyklus durch den Vortrag in der Aula des Thomasgymnasiums, indem sich die Schüler am Schluß erhoben und unter Orgelbegleitung das Deutschlandlied sangen. Von den Schulleitern und den Lehrern wurde Herrn Vogel aufs herzlichste gedankt dafür, daß er seinen Zuhörern das Saargebiet und die Dinge, die sich dort zutragen, nähergebracht hat. Man gab ihm die Versicherung, daß seine Vorträge auf die Jugend einen nachhaltigen Eindruck ausgeübt hätten. Es wurde ferner dem Verein für das Deutschtum im Auslande ganz besonderer Dank dafür abgestattet, daß er dazu übergegangen ist, solche Vorträge besonders an den höheren Lehranstalten halten zu lassen. Jedenfalls kann nur dem Wunsche Ausdruck gegeben werden, daß auch die Lehranstalten aller deutschen Städte im nichtbesetzten Gebiete diesem Beispiele folgen mögen, um so durch die Jugend in weiten Kreisen Kunde von der Not und den Leiden der besetzten und abgetrennten Gebiete geben zu können.

Verein der Pfälzer. Wir lesen in den Mitteilungen des Vereins der Pfälzer: Was uns wegen Ueberfülle in den beiden vorausgegangenen Nummern nicht möglich war, holen wir als Fortsetzung unseres Geleitwortes in Nr. 5 heute nach. Unsere Mitglieder wissen, daß wir während der Inflationszeit liebevolle Aufnahme in den Spalten des „Saar-Freund“, dem Organ des Saarvereins, gefunden haben, wofür wir diesem und seinem Vorsitzenden Herrn Direktor Vogel sowie Herrn Redakteur Rich. Pössel vielen Dank schulden. Herr Vogel ist als Wanderredner auch heute noch und fortgesetzt für unsere Heimat tätig und wenn wir dem Saarverein und seinen beiden sehr verdienten Herren hiermit öffentlich unseren Dank abstellen, so sei auch jenen Mitarbeitern, die den trefflich redigierten Kämpfer „Saar-Freund“ vermissen, und wer es sich irgendwie leisten kann, angelegentlich empfohlen, bei der Post auf den „Saar-Freund“ zu abonnieren.

## Des Saarlands Lied.

In der 1. Nummer des 4. Jahrgangs der Bundeszeitschrift des Saar-Längerbundes wird die Entscheidung des Preisgerichts über einen Saar-Längerspruch mitgeteilt. Danach wurden mit den ersten drei Preisen ausgezeichnet:

1.

Dem Saarstrom gleich, der durch die Heimat zieht,  
Der Berg und Taler, Höh' und Tiefen bindet,  
Der tren den Weg zur großen Heimat findet,  
Fließt unverfälscht — treu des Saarlands Lied.  
Gottardt Jähry.

2.

Grün, wie der Eichwald in Saarlands Gauen,  
Stark, wie die Arme, die Kohlen bauen,  
Rein, wie der Stahl in Ofen glüht,  
So grüßen des Saarlands Länger die Heimat  
im deutschen Lied. Albert Born.

3.

Brüder!  
Das ist des Saarvolks Schwur!  
Deutsch bleiben Berge, Saar und Flur,  
Deutsch bleibt das Blut, das uns durchzieht,  
Und ewig deutsch des Saarlands Lied!  
Johann Maria Kur.

## Bücherschau.

Handgebundene Hefebücher werden vielen Freunden der mit Bildschmuck versehenen Bändchen willkommen sein, die sie zu Geschenken weihen können wollen. Unter der Überschrift „Aus der Natur“ sind die Schriften unseres heimischen Schriftstellers Theo Schmidt „Ihr Blümlein alle heraus!“ und „Was da kreucht und fliegt“ zusammengefaßt. In der Zeit wiedererwachenden Lebens im Mai bilden sie eine köstliche Gabe. Ebenso zeitgemäß ist der Band „Der Bauer“, in dem die Hefen „Bauerntum“ und „Der Bauer“ von Studienrat Dr. Kloevefort enthalten sind. Der dritte Band „Glaubensämpfe der ersten Christen“ bildet eine für die Jugend berechnete Auswahl des Studienrats Heinrich Fakhinder aus den bekannten Romanen Quo Vadis und „Die Kirche der Katakomben“. Der feinsinnige bekannte Kunsthistoriker Severin Rüttgers beschenkt uns in dem Band „Maria in der deutschen Kunst“ mit der Wiedergabe des ganzen Marienlebens von Albrecht Dürer und ausgewählten Marien-Dichtungen der Vergangenheit. Der letzte Band faßt unter dem Titel „Deutsche Dichter“ eine größtenteils von hiesigen bekannten Schulmännern getätigte Auswahl aus den Werken Theodor Storms, Eduard Mörikes, Gottfried Kellers, des Prinzen Emil von Schönau-Carolath, sowie die beiden Anthologien „Das ist der Tag des Herrn“ und „Mutter und Kind“ zusammen. Hoffentlich werden die Bände in dem neuen schönen Gewande den Weg in manches deutsche Haus finden!

Als dritter Band der vollstündigen Schriftenreihe „Unsere Saarheimat“ wird demnächst im Verlage Gebr. Hofer ein Werkchen „Heilmittel und Heilbräuche im Saargebiet“ erscheinen. Der Verfasser, Rektor Karl Schneider, hat in mehr als zehnjähriger Sammelarbeit den Versuch unternommen, die Arten der Volksheilkunden im Saargebiet übersichtlich zusammenzustellen. Es hat ihm dabei fern gelegen, ein Nachschlagewerk für Krankheitsfälle zu schaffen, es sollte lediglich ein „altes Volksgut, alte Volksweisheit“ der Vergessenheit entzogen und die Liebe zu unserer Saarheimat geweckt und gestärkt werden.

## Briefkasten.

A. S. in J. 10 Fr. erhalten.